



SCHWEIZERISCHE FLÜCHTLINGSHILFE

ORGANISATION SUISSE D'AIDE AUX RÉFUGIÉS

ORGANIZZAZIONE SVIZZERA AIUTO AI RIFUGIATI

**SFH OSAR**

# Kosova – Situation der ethnischen Minderheiten

Rahel Bösch, SFH-Länderanalyse

Bern, März 2001

MONBIJOUSTRASSE 120 POSTFACH 8154 CH-3001 BERN  
TEL 031 370 75 75 E-MAIL [INFO@sfh-osar.ch](mailto:INFO@sfh-osar.ch)  
FAX 031 370 75 00 INTERNET <http://www.sfh-osar.ch>  
PC-KONTO 30-16741-4 SPENDENKONTO PC 30-1085-7

MEMBER OF THE EUROPEAN COUNCIL ON REFUGEES AND EXILES  MITGLIED DER ZEWO

## Impressum

### HERAUSGEBERIN

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH  
Postfach 8154, 3001 Bern  
Tel. 031 / 370 75 75  
Fax 031 / 370 75 00  
E-Mail: INFO@ sfh-osar.ch  
Internet: www.sfh-osar.ch  
PC-Konto: 30-1085-7

### AUTORIN

Rahel Bösch, Länderanalyse SFH

### SPRACHVERSIONEN

deutsch, französisch

### PREIS

Fr. 25.— inkl. 2,4 % MWSt., zuzgl. Versandkosten

### COPYRIGHT

© 2001  Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern  
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

## Einleitende Zusammenfassung

Nach den erfolgreich durchgeführten Lokalwahlen in Kosova soll die Überführung der UN-Administration in die lokale Verantwortung weiter fortgesetzt werden. Dieser Übergang zur "substantiellen Autonomie" soll noch in diesem Jahr mit kosova-weiten Wahlen abgeschlossen werden. Der definitive Status von Kosova ist jedoch weiterhin nicht festgelegt. Somit steht ein heikler Transitionsprozess bevor, der überschattet ist vom zähen Machtkampf der wichtigsten kosova-albanischen Parteien, der Verweigerung der Mitarbeit von serbischer Seite und dem fortgesetzten Klima der Gewalt und zwischen-ethnischen Spannungen.

Die innenpolitischen Schwierigkeiten werden wiederum beeinflusst von den Krisen in der gesamten Region: Trotz des Machtwechsels in Serbien herrscht nach wie vor ein eisiges Klima zwischen Belgrad und Prishtina, noch hält Belgrad kosova-albanische Kriegsgefangene in Haft. In Südserbien schwelt der Konflikt zwischen der albanischen "Befreiungsbewegung" UCPMB und der serbischen Polizei; der Nordteil Kosovos steht weiterhin unter serbischer Kontrolle und verweigert die Zusammenarbeit mit der UN-Verwaltung. An der Südgrenze Kosovos, im mehrheitlich albanisch besiedelten Westen Mazedoniens, drohte Ende März der Ausbruch eines Bürgerkriegs. Montenegro schliesslich strebt weiterhin die Unabhängigkeit an; die Loslösung würde faktisch die Auflösung der BR Jugoslawien bedeuten.

Entsprechend diesem krisenhaften regionalen Szenario ist der zaghafte Prozess der Normalisierung in Kosova überschattet und labil. Ein Grossteil der Bevölkerung leidet an einem Mangel an Arbeitsplätzen, Unterkünften, sozialer Sicherheit, Bildungsmöglichkeiten und gesicherter Zukunftsperspektive. Hinzu kommt die fortdauernde Rechtsunsicherheit und damit der hohe Level an Gewalt. Die **Sicherheits- und Menschenrechtssituation** hat sich nicht wesentlich verbessert. Trotz intensiver Anstrengungen von internationaler Seite herrscht weiterhin weitgehende Straffreiheit, sowohl für mutmassliche Kriegsverbrecher als auch für die Verantwortlichen für die Übergriffe gegen ethnische Minderheiten.

Vor diesem Umfeld hat sich die **allgemeine Situation der ethnischen Minderheiten** nicht verbessert, sondern tendenziell verschlechtert. Der Mord an vier Ashkali-Rückkehrern im November letzten Jahres und das Attentat gegen den serbischen Konvoi "Nis-Express" mit zehn Toten und über 40 Verletzten im Februar dieses Jahres stellen lediglich zwei extreme Tiefpunkte in einem fortdauernden generellen Klima von Einschüchterungen, Bedrohungen, Anschlägen und Attacken dar. Die mangelnde Sicherheit führt zu einer stark eingeschränkten Bewegungsfreiheit mit allen Konsequenzen für den Zugang zu den ohnehin knapp vorhandenen gesellschaftlichen Ressourcen (Arbeitsplätze, Unterkunft, soziale Sicherheit). Das Klima der allgemeinen Unsicherheit droht die einzelnen zaghafte Fortschritte hin zu Reintegration zu zerschlagen. Nachdem diese Situation nun bald zwei Jahren andauert und sich keine Verbesserung abzeichnet, ist die Stimmung von Angst und Resignation geprägt; es genügen bereits geringfügige Zwischenfälle, um die Minderheiten definitiv zu vertreiben.

Die Gewalt gegen die **Roma und Ashkali-Gemeinschaften** dauert an; aufgrund der mangelnden Sicherheit leben sie als intern Vertriebene nach wie vor mehrheitlich in elenden "temporären" Siedlungen ohne jede Zukunftsperspektive. Auch im Westen Kosovos, wo die Ashkali-Gemeinschaft teilweise erste Integrationsschritte erzielt hat, herrschen Angst und Unsicherheit. Der Druck bis hin zu gezielter Vertreibung ist auch dort stark.



Die Vertreibung der **serbischen Volksgruppe** aus gemischten Siedlungen in homogene Enklaven hält an. Brandstiftungen, Handgranatenattacken, Überfälle, Attentate auf Konvois und Züge prägen das Klima und tragen in den Enklaven zu einer weiteren Radikalisierung bei.

Die **bosnjakische Volksgruppe** steht trotz gradueller Verbesserungen in Prizren und Vitromirica weiterhin unter grossem Druck. Fortlaufende Einschüchterungen, einzelne Attentate sowie die Unmöglichkeit, die Muttersprache frei zu sprechen und sich ausserhalb dieser Gebiete frei zu bewegen, führen zu einem steten Abwanderungsdruck. Ebenso wie die Ashkali, sieht auch die bosnjakische Volksgruppe jede forcierte Rückkehr ihrer Landleute aus dem Ausland als konkrete Gefährdung für ihren Verbleib und ihre Reintegration vor Ort.

Die **goranische Volksgruppe** lebt isoliert im südlichen Zipfel Kosovas, unmittelbar angrenzend zum mazedonischen Krisengebiet. Als "proserbisch" diskriminiert, ist sie zahlreichen Anschläge ausgesetzt, zugleich muss sie sich gegen Vereinnahmungen von mazedonischer Seite wehren. Ausserhalb ihrer Enklave geniessen die Gorani keine Bewegungsfreiheit, vor allem auch aufgrund ihrer Sprache.

Die **albanische Minderheit** im serbisch kontrollierten Nordteil ist der gleichen Situation ausgesetzt, wie die übrigen ethnischen Minderheiten in Kosova. Jede politische Spannung, jedes Attentat gegen Angehörige der serbischen Minderheit im Süden führt zu Attentaten gegen diese Minderheit im Norden (und umgekehrt). Die Gruppe lebt bewacht von KFOR und UN-Polizei und hat ausserhalb ihrer kleinen Siedlungen keine Bewegungsfreiheit.

Der Situation entsprechend desolat sind derzeit die **Rückkehrperspektiven** für die ethnischen Minderheiten: Die internationale Gemeinschaft konzentriert sich darauf, die weitere Abwanderung dieser Gruppen zu stoppen und die verbliebenen Minderheiten vor Ort zu behalten. Die MitarbeiterInnen von UNHCR, OSCE und UN-Verwaltung sind sich mit den kontaktierten VertreterInnen der ethnischen Gemeinschaften einig, dass in dieser Situation jede forcierte Rückkehr von Angehörigen der ethnischen Minderheiten aus dem Ausland nicht zu verantworten wäre. Die Sicherheit der RückkehrerInnen wäre nicht gewährleistet, zudem würde der Druck auf die Angehörigen der ethnischen Minderheiten vor Ort steigen.

Abgelehnt wird auch eine Rückführung der Roma aus Kosova nach Serbien; nebst der humanitären Situation, würde dies zu einer nachhaltigen Verunmöglichung einer definitiven Rückkehr in die Heimat beitragen. Schliesslich übernimmt die UNMIK auch keine abgewiesenen Asyl Suchenden aus Südserbien, da sich ihr Zuständigkeitsbereich nur auf BürgerInnen mit letztem Wohnsitz in Kosova erstreckt.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b> .....	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>Allgemeine Situation</b> .....	<b>2</b>
2.1	Übergabe der Verantwortung von UNMIK an lokale Behörden .....	2
2.2	Lokalwahlen und Implementierung der Resultate .....	2
2.3	Regionale Faktoren.....	4
2.3.1	Machtwechsel in Belgrad .....	4
2.3.2	Unabhängigkeitsstreben Montenegros .....	4
2.3.3	Konflikte in Südserbien .....	5
2.3.4	Konflikte in Westmazedonien .....	5
2.3.5	Grenzregelung zwischen Skopje und Belgrad .....	6
<b>3</b>	<b>Allgemeine Sicherheitslage und Menschenrechtssituation</b> .....	<b>7</b>
3.1	Sicherheitssituation .....	7
3.2	Allgemeine Menschenrechtssituation.....	8
3.3	Situation der Frauen .....	9
<b>4</b>	<b>Ethnische Minderheiten - generelle Situation</b> .....	<b>10</b>
4.1	Generelle Situation .....	10
4.1.1	Bewegungsfreiheit und Sicherheit .....	10
4.1.2	Medizinische Versorgung .....	12
4.1.3	Zugang zu Sozialfürsorge und Arbeitsplätzen .....	13
4.1.4	Zugang zu Bildung.....	15
4.1.5	Situation der Frauen .....	15
<b>5</b>	<b>Ethnische Minderheiten - die einzelnen Volksgruppen</b> .....	<b>16</b>
5.1	Roma und Ashkali .....	16
5.1.1	Fortgesetzte Bedrohung und Unsicherheit.....	17
5.1.2	Druck auf Unterkünfte.....	18
5.1.3	Problematischer Wiederaufbau .....	19
5.1.4	Vertretung in Polizei und Politik .....	20
5.1.5	Problematische medizinische Versorgung .....	20
5.1.6	Desolate Zukunfts- und Rückkehrperspektive.....	20



<b>5.2</b>	<b>Serbische Minderheit</b> .....	<b>21</b>
5.2.1	Weitere Übergriffe gegen Leib und Leben .....	22
5.2.2	Übergriffe gegen Besitztümer .....	22
5.2.3	Rückkehr .....	22
<b>5.3</b>	<b>Bosnjakische Volksgruppe (Muslimische Slawen)</b> .....	<b>23</b>
5.3.1	Sicherheitssituation .....	24
<b>5.4</b>	<b>Gorani</b> .....	<b>25</b>
<b>5.5</b>	<b>Albanische Minderheit in Nordkosova</b> .....	<b>26</b>
<b>6</b>	<b>Rückkehrperspektive für die ethnischen Minderheiten</b> .....	<b>27</b>
<b>7</b>	<b>Zusammenfassung</b> .....	<b>29</b>
	<b>Annex 1: Uebersicht Besuche/Treffen</b> .....	<b>31</b>
	<b>Annex 2: Gemeinden / Municipalities</b> .....	<b>32</b>
	<b>Annex 3: Minderheiten</b> .....	<b>33</b>
	<b>Annex 4: Südserbien Pufferzone</b> .....	<b>34</b>
	<b>Annex 5: Roma in Serbien</b> .....	<b>35</b>
	<b>Annex 6: Wahlergebnisse</b> .....	<b>38</b>

# 1 Einleitung

Frühling in Kosova - blühende Kirschbäume auf grünenden Wiesen, das Ende des Kriegs und der Einmarsch der NATO-Truppen jähren sich bald ein zweites Mal. Frisch gedeckte Dächer zeugen vom gelungenen Wiederaufbau, das Geknatter der Generatoren, die Cafés und Coiffeursalons der Bessergestellten trotz fortlaufenden Elektrizitätsunterbrüchen mit Strom versorgt hatten, ist verstummt. Die Regale der Läden in den Städten sind wieder gefüllt, neue Restaurants und glänzende Supermärkte beglücken vor allem die internationalen VertreterInnen. Die tendenzielle Verbesserung der allgemeinen Situation ist jedoch in diesem strahlenden Frühlingsmonat stark überschattet. Nachdem sich die Lage an der Ostgrenze Kosovos, im südserbischen Preshevotal etwas beruhigt hat, drohen bewaffnete Auseinandersetzungen an der Südgrenze, im überwiegend albanisch besiedelten Westen Mazedoniens. Nach dem Ausbruch der bewaffneten Aufstände treffen erste albanisch-mazedonische Familien im Zupa-Tal nach zwölfstündigem Marsch über die Berge ein. Gezeichnet von Erschöpfung werden sie von KFOR und UNHCR in Empfang genommen, in eben jenem Tal, wo sich eine fragile Stabilisierung für die verbliebenen bosnjakische und serbische Minderheit ergeben hat und die Zufahrtswege zu den "Minderheiten-Dörfern" teilweise mit KFOR-Stacheldraht verstellt sind.

Die kosova-albanische Bevölkerung beklagt sich über Arbeits- und Perspektivlosigkeit. Der Freude über die Befreiung des Landes sind Ernüchterung und Frustration über den ungeklärten politischen Status, über die Rechtslosigkeit und die fortgesetzten Spannungen gefolgt. Die Perspektive der ethnischen Minderheiten ist dementsprechend düster. Attacken und Übergriffe haben sich seit Jahresbeginn gehäuft, der Prozess der Abwanderung setzt sich fort. Angst, Unsicherheit die Erfahrung von täglicher Diskriminierung und Gewalt vor dem Hintergrund einer allgemeinen Mangelsituation lassen Migration ins Ausland als einzig vernünftige Perspektive erscheinen. Dementsprechend stellt die UNMIK-Verwaltung fest, dass die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft sich derzeit darauf konzentrierten, die verbliebenen Minderheiten vor Ort zu behalten.

In der vorliegenden Lageübersicht wird der Versuch unternommen, die Situation der ethnischen Minderheiten in Kosova, wie sie sich im Frühling 2001 darstellt, zu beschreiben und diese in den regionalen Gesamtkontext zu stellen.<sup>1</sup> Der Bericht beruht auf den Reports von verschiedenen internationalen Organisationen wie UNHCR, OSCE, den Balkancrisis-Reports des IWPR (Institute for War and Peace Reporting), auf der kontinuierlichen Lagebeobachtung sowie auf den Ergebnissen einer weiteren Abklärungsreise Ende März des laufenden Jahres.<sup>2</sup> Im Rahmen dieser jüngsten Abklärung wurden Siedlungen, Enklaven und Camps der verschiedenen in Kosova verbliebenen ethnischen Minderheiten besucht und Gespräche mit deren VertreterInnen sowie mit RepräsentantInnen von UNHCR, OSCE, der UNMIK-Verwaltung und involvierten NGOs geführt.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Der Bericht schliesst an die SFH-Lageanalyse zu Kosova vom März 2000 sowie an das Update zur humanitären und sozialen Situation vom August 2000 an.

<sup>2</sup> Auch bei dieser Reise konnte die SFH-Vertreterin auf die freundliche Unterstützung sowie auf die Infrastruktur von Caritas Schweiz in Prishtina und Prizren zurückgreifen.

<sup>3</sup> In Annex 1 findet sich eine Übersicht über die verschiedenen Besuche; alle Namen der GesprächspartnerInnen liegen der SFH vor, werden an dieser Stelle jedoch aus Sicherheitsgründen nicht publiziert.

## 2 Allgemeine Situation

### 2.1 Übergabe der Verantwortung von der UNMIK an lokale Behörden

Bei seinem Amtsantritt im Januar des laufenden Jahres stellte Hans Haekkerup, der Nachfolger des Leiters der UN-Verwaltung (UNMIK) Bernard Kouchner, die Schwerpunkte für das neue Jahr vor: Die Abhaltung von kosova-weiten Wahlen und als Voraussetzung dafür die Erarbeitung eines rechtlichen Rahmens für die Selbstverwaltung von Kosova, die weitere Entwicklung eines effektiven Rechtssystems sowie der wirtschaftliche Wiederaufbau. Damit werden Krisenmanagement und Nothilfe abgelöst von politischer und ökonomischer Stärkung (capacity-building); der Transitionsprozess hin zur Eigenverwaltung, der sogenannten "substantiellen Autonomie" soll fortgesetzt werden. Dies stellt grosse Anforderungen an die gewählten Parteien, deren Demokratiefähigkeit nach Jahren der systematischen Unterdrückung in einem postsozialistischen Klima noch nicht sehr entwickelt ist. So wird denn auch von UN-Seite festgehalten, dass die Einbindung der einzelnen Gemeinden Kosovos ein äusserst schwieriger Prozess sei, aufgrund der stark "fraktionierten und fragmentierten politischen Landschaft entlang sowohl personeller als auch politischer und ethnischer Brüche."<sup>4</sup> Befürchtet wird, dass diese heikle Übergangsphase zur Selbstverwaltung, vor dem Hintergrund der politischen Spannungen in der ganzen Region, für die ethnischen Minderheiten schwerwiegende Implikationen haben könnte.

### 2.2 Lokalwahlen und Implementierung der Resultate

Zur Erleichterung sowohl der Bevölkerung selbst als auch der internationalen Organisationen, sind die Lokalwahlen im Oktober vergangenen Jahres zufriedenstellend verlaufen. Die Abhaltung dieser ersten freien und fairen Wahlen nach Abschluss des Friedensabkommens im Juni 1999 wurde allgemein als wichtiger Schritt zu einer späteren Überführung Kosovos in eine "substantielle Autonomie" (Resolution 1244) gewertet. Eindeutige Wahlsiegerin war die Demokratische Liga Kosova, die LDK von Ibrahim Rugova mit rund 58 Prozent der Stimmen. Gefolgt wurde die LDK von der PDK von Hasim Thaqi mit rund 27 Prozent und der AAK (Allianz für die Zukunft von Kosova) von Ramush Hajradinaj mit rund 8 Prozent.<sup>5</sup>

Die Wahlen wurden von der serbischen sowie teilweise von der türkischen Minderheit boykottiert. Während der Wahlboykott der Kosova-SerblInnen auf den Druck Belgrads, diesen Schritt zur Eigenständigkeit Kosovos nicht mit zu vollziehen zurück zu führen war, scheiterte die türkische Minderheit mit ihren Forderungen, dass das Wahlmaterial auch in türkischer Sprache gedruckt sein sollte. Die nicht vorhandene demokratisch legitimierte Vertretung soll nun durch Berufungen, sogenannte Kooptationen ersetzt werden. Zu befürchten ist, dass die vorgesehene Kooptation von politischen VertreterInnen vor allem der serbischen Volksgruppe durch die UNMIK erneute Spannungen sowohl innerhalb dieser Gruppe selbst, die derzeit in sich gespalten ist,<sup>6</sup> als auch in der kosova-albanischen

---

<sup>4</sup> Zit: UN Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General on the United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (S/2001/218), 13. März 2001

<sup>5</sup> Eine Detailübersicht über Wahlergebnisse pro Partei und Gemeinde siehe Annex 6:OSCE - Final Results oder [www.osce.org/kosovo/elections](http://www.osce.org/kosovo/elections)

<sup>6</sup> UN-Sicherheitsrat, UNMIK-Report März, 2001, a.a.O: "The situation in the Kosovo Serb Community, which is also divided, has complicated UNMIK's tasks."

Mehrheit, hervorrufen wird. Weiter ist die Kooptation von Angehörigen anderer ethnischer Minderheiten, die aufgrund der Zahlenverhältnisse nicht vertreten sind, durch die UNMIK vorgesehen. Dass diese strukturelle Verankerung von MinderheitenvertreterInnen tatsächlich ein Gewicht haben wird, ist eher unwahrscheinlich angesichts des zähen Implementierungsprozesses der demokratisch gewählten und damit legitimierten VertreterInnen.

Gegenwärtig ist die politische Situation vom Machtkampf zwischen den beiden grössten Parteien, der LDK, die die Mehrheit in 24 Gemeinden (von insgesamt 27, in denen gewählt wurde) stellt und der PDK, die die Mehrheit in 3 Gemeinden hat, geprägt. Beiden Parteien wird zurecht der Vorwurf gemacht, dass sie sich bisher unfähig gezeigt haben, in einem demokratischen Prozess zusammen zu arbeiten. Diese Art von Zusammenarbeit - die Rolle von Mehrheits- und Oppositionspartei, die Konsense in einzelnen Geschäften erzielen kann - ist bekanntlich in allen ehemals sozialistischen Ländern nicht verwurzelt. Konkret führt dies dazu, dass in vielen Fällen Stimmungsmache und Machtkämpfe (Vorwurf der Machtmonopolisierung versus Verweigerung) den Alltag prägen. "Dieser Faktor, kombiniert mit der Unfähigkeit der wichtigsten politischen Kräfte, positiv ohne internationale Teilnahme zu arbeiten, zeigt das fortgesetzte Misstrauen zwischen den wichtigsten politischen Vertretern."<sup>7</sup> Einig sind sich LDK, PDK und AAK allerdings in ihrem Wunsch, noch in diesem Jahr Wahlen abzuhalten sowie in ihrer Verurteilung der jüngsten Attentate gegen die serbische Volksgruppe.<sup>8</sup>

Anfangs März bestellte der Leiter der UNMIK-Verwaltung die Arbeitsgruppe, die die Übergangsverfassung, in der auch die zentralen staatlichen Organe bestimmt werden sollen, verabschieden soll. Dieser rechtliche Rahmen ist nach Haekkerup die Voraussetzung für die Abhaltung "kosova-weiter" Wahlen.<sup>9</sup> Mit diesem Rahmen werde nicht der endgültige Status von Kosova vorweggenommen, vielmehr würden die Voraussetzungen für eine autonome Selbstverwaltung geschaffen.<sup>10</sup>

Von kosova-albanischer Seite wird mit unverminderter Intensität die Unabhängigkeit gefordert. Den Übergang zur "substantiellen Autonomie" wollen die Führer aller Parteien mittragen, befürworten jedoch dringend die möglichst schnelle Abhaltung der Wahlen, die bereits vom Frühling auf den Herbst verschoben wurden. Zwar hat Haekkerup seinen Willen zur Abhaltung der Wahlen noch in diesem Jahr kundgetan; Voraussetzung dafür ist jedoch, dass sich auch die serbische Volksgruppe an diesem Prozess beteiligt.

Bezüglich des endgültigen Status von Kosova schiebt die internationale Gemeinschaft eine Entscheidung weiterhin hinaus. Dieses Vakuum führt zur weiteren Destabilisierung der Lage in der ganzen Region und gleichzeitig wird der hohe Level von Gewalt als Argument dafür genommen, dass Kosova nicht reif sei für eine Selbstverwaltung.<sup>11</sup>

Diese Auseinandersetzung spielt in einem regional sehr angespannten Klima, in dem die verschiedenen Faktoren in einer komplexen Dynamik eng mit der Kosova-Frage verknüpft sind.

---

<sup>7</sup> UN-Sicherheitsrat, UNMIK-Report März, 2001; Übersetzung d. Autorin

<sup>8</sup> UN-Sicherheitsrat, UNMIK-Report März, 2001, a.a.O

<sup>9</sup> In his first address to the OSCE Permanent Council in Vienna, the new Special Representative of the United Nations Secretary General, Hans Haekkerup, stated his intentions to hold Kosovo-wide election this year. "However, the Legal Framework for Provisional Self Government in Kosovo has to be in place before the elections", he said. OSCE-Latest News, 1 März 2001, siehe: [www.osce.org/news](http://www.osce.org/news)

<sup>10</sup> Kosova Live, 7. März, 2001, UN-Verwaltungschef Haekkerup benennt Mitglieder der Arbeitsgruppe für die Schaffung eines rechtlichen Rahmens für das Kosovo. Die Bezeichnung der Wahlen als "kosova-weit" macht deutlich, dass niemand die genaue Ebene (regional, staatliche oder provinzielle Ebene) zu bezeichnen vermag.

<sup>11</sup> In diesem Sinne argumentiert General Wesley Clark in der Washington Post: Self Rule for Kosovo if Kosovars Keep the Peace, in: Herald Tribune, March 21, 2001



## 2.3 Regionale Faktoren

### 2.3.1 Machtwechsel in Belgrad

Aus kosova-albanischer Sicht hat der Sturz des Milosevic-Regimes im Herbst vergangenen Jahres noch nicht wirklich positive Folgen für die kosovarische Sache gehabt. Frustration hat sich darüber breit gemacht, dass sich Kosova international nirgends vertreten sieht, während die nun demokratisch legitimierte Regierung der BR Jugoslawien nach jahrelanger Isolation wieder in die multilateralen Organisationen aufgenommen wurde und dort ihre Interessen direkt vertreten kann. Weiter wird befürchtet, dass mit einer Demokratisierung in Serbien das Streben nach einem unabhängigen kosovarischen Staat an Legitimation verlieren könnte.

Noch ist das Eis zwischen Belgrad und Prishtina nicht gebrochen, eindeutige Gesten, die den Weg für erste Gespräche öffnen würden, wie eine Verurteilung der durch serbische Militärs und Polizei in Kosova begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch Belgrad sind bisher ausgeblieben. Zum eisigen Klima trägt auch die - trotz aller internationalen Interventionen noch nicht erfolgte - Freilassung der kosova-albanischen Kriegsgefangenen bei. Diese nach wie vor unter dem Titel des "Terrorismus" inhaftierten Menschen stellen auch im politischen Alltag eine Art Mahnmal für die nach wie vor fehlende Distanzierung Belgrads von dem Regime Milosevics in Kosova dar. Tägliche Demonstrationen vor allem in Prishtina machen dies nur zu deutlich.

"Belgrad muss nicht nur die richtigen Dinge sagen," so forderte auch der neue UNMIK-Chef Haekkerup resolut, "Belgrad muss auch die richtigen Dinge tun!" Er forderte die Regierung der BR Jugoslawien dazu auf, eine neue Kosova-Politik zu formulieren und klare Signale sowohl an die albanische als auch an die serbische Bevölkerung zu senden. Als ersten konkreten Schritt forderte Haekkerup die Freilassung der rund 500 Kriegsgefangenen, die trotz Amnestiegesetz nach wie vor in Haft sitzen (siehe unten). Die Botschaft, die Belgrad klar an die serbische Volksgruppe in Kosova senden müsse, sei die Aufforderung zur Partizipation aller im Aufbau befindlichen Strukturen. Vor allem, so der UNMIK-Chef, müssten die Parallelstrukturen in Nord-Mitrovica aufgehoben werden.<sup>12</sup>

Der Machtwechsel in Belgrad hat auch die serbische Gemeinschaft in Kosova gespalten. Mit dem Abgang Milosevics haben die nationalen serbischen Räte (Serb National Council) in der Enklave Gračanica (Zentralkosova) und in Nordmitrovica an Einfluss verloren. Zugleich haben die eher dem Demokratischen Bündnis (DOS) zugeneigten Kräfte vor allem im serbisch besiedelten Norden an Einfluss gewonnen. Parallel zu den gewalttätigen Auseinandersetzungen im Januar und Februar des laufenden Jahres hat sich die Haltung der Führer der Kosova-SerblInnen erneut verhärtet.

### 2.3.2 Unabhängigkeitsstreben Montenegros

Einen weiteren Unsicherheitsfaktor in der politischen Landkarte stellt Montenegro dar. Falls die Parteien, welche für eine Unabhängigkeit Montenegros eintreten, im April die Parlamentswahlen gewinnen, soll ein Referendum zur Unabhängigkeit Montenegros definitiv vorbereitet werden. Präsident Milomir Djukanovic strebt die Schaffung einer dem EU-Raum vergleichbaren Union mit gemeinsamem Zollwesen an.<sup>13</sup> Ein Ausstieg Montenegros würde faktisch die Auflösung der Bundesrepublik Jugoslawien bedeuten. Ein Verbleib Kosovos als dannzumal Teil Serbiens ist für Kosova undenkbar und auch für den Westen keine realistische Option.

<sup>12</sup> Nach: UNMIK News, No. 84, 19. März 2001

<sup>13</sup> NZZ, 28. März, 2001, Montenegros Streben nach Unabhängigkeit; zu den Hintergründen der Unabhängigkeitsbemühungen siehe auch: Rahel Bösch, Montenegro - Lageübersicht, Bern, Juli 2000

### 2.3.3 Konflikte in Südserbien

Entsprechend der unklaren politischen Lage schwelen verschiedene Konflikte entlang den Grenzen. Mit Maximalforderungen, wie etwa einem Anschluss an Kosova, versuchen albanische Gruppen, namentlich die UCPMB (Befreiungsbewegung für Presheva, Medvegje und Bujanoc<sup>14</sup>) in der Pufferzone zwischen Südserbien und Ostkosova die zukünftige Status- und Grenzfrage zu ihren Gunsten zu lösen.<sup>15</sup> Unter Vermittlung der internationalen Gemeinschaft gelang es im Februar und März des laufenden Jahres, das Konfliktpotential zu entschärfen und Verhandlungen zwischen Vertretern der albanischen Volksgruppe in Südserbien, der UCPMB und Belgrad einzuleiten. In den vergangenen Monaten haben die bewaffneten Auseinandersetzungen nach Angaben von UNHCR zur Flucht von rund 5000 AlbanerInnen aus diesem Gebiet, nach Kosova geführt.<sup>16</sup>

Wiederholte Scharmützel trotz Verhandlungserfolgen machen deutlich, dass die Führung der UCPMB nicht die volle Kontrolle über die Rebellen hat.<sup>17</sup> Dies führt zu einer fortgesetzten unsicheren Situation vor allem der Zivilbevölkerung in den Dörfern in dieser Region. Im Februar dieses Jahres waren beispielsweise laut kosovarischen Angaben im Gemeindegebiet von Medvedja von ursprünglich 6000 albanischen BewohnerInnen noch lediglich 300 verblieben.<sup>18</sup>

Das umstrittene Presevo-Tal gehörte bis zur administrativen Reform nach dem zweiten Weltkrieg zum Verwaltungsgebiet von Kosova. Der albanische Anteil der Bevölkerung in Kosova sollte durch die Verwaltungsgebietsänderung verringert werden, indem man dieses Gebiet zur serbischen Provinz schlug (heute Südserbien). Im Gegenzug wurden die fast ausschliesslich von SerblInnen bewohnten Gemeinden Leposaviq und Zubin Potok dem Verwaltungsgebiet von Kosova zugeschlagen (heute Nordkosova). Nebst dem landwirtschaftlichen Wert hat das Presevo-Tal eine wichtige strategische Bedeutung, führt doch die einzige Eisenbahnlinie sowie die Strassenverbindung von Serbien und Zentral- und Westeuropa nach Mazedonien und Griechenland durch dieses Gebiet.<sup>19</sup> Dieser historische Hintergrund muss berücksichtigt werden, um den Zusammenhang zwischen den Abspaltungstendenzen des fast rein serbisch besiedelten Gebiets in Nordkosova und des fast rein albanisch besiedelten Gebiets in Südserbien zu verstehen.<sup>20</sup>

### 2.3.4 Konflikte in Westmazedonien

Ein weiterer akuter Konfliktherd liegt in Mazedonien. An der Südgrenze Kosovos, im überwiegend albanisch besiedelten westlichen Teil Mazedoniens, sind Anfangs März bewaffnete Kämpfe zwischen der "Neuen UCK" und dem mazedonischen Militär ausgebrochen. Offiziell haben sich die kosova-albanischen Parteien von den bewaffneten Aufständen der albanischen "Extremisten" in Kosova distanziert. Die Sympathie der albanischen Bevölkerung in Kosova für ihre Landsleute in Mazedonien ist jedoch gross. Das Bewusstsein über deren Diskriminierung ist gegenwärtig, entsprechend auch die Empörung über das Vorgehen von Polizei und Militär. Anlässlich des 20. Jahrestags des Beginns der Demonstrationen kosovarischer Studenten für eine Republik Kosova kam es denn auch in Prishtina zu Solidaritätsbekundungen mit der albanischen Bevölkerung Mazedoniens.<sup>21</sup>

<sup>14</sup> die serbische Bezeichnung der Orte: Presevo, Medvedja, Bujanovac

<sup>15</sup> zur Übersicht siehe auch Karte "Pufferzone", Annex 4

<sup>16</sup> Zahlen nach UNMIK-Report, 13. März 2001, a.a.O

<sup>17</sup> NZZ, 26. März, Verhandeln mit Störfeuer in Südserbien/NZZ, 28. März, Zwei Tote bei Kämpfen in Südserbien

<sup>18</sup> IWPR-Report, No. 219, 16 Feb. 2001

<sup>19</sup> Radio Free Europe/Radio Liberty-Balkan Report; Vol. 13, 15. Feb. 2001

<sup>20</sup> eine Übersicht zur ethnischen Verteilung siehe Karte, Annex 3 Minderheiten

<sup>21</sup> Kosova Live/ Prishtina, Studenten der Universität Pristina bekunden Solidarität mit den Albanern Mazedoniens, 27. März, 2001



Nach der Armee- und Polizei-offensive am letzten Märzwochenende dieses Jahres scheint die Schlagkraft der Aufständischen vorläufig gebrochen und die Gefahr des Ausbruchs eines Bürgerkriegs gebannt. Beobachter der Situation vor Ort wagen sogar die Prognose, dass der Kurzkrieg einen Sinneswandel in der mazedonisch-stämmigen Bevölkerung bewirkt und nunmehr Forderungen der albanischen Bevölkerung nach Gleichberechtigung nicht mehr schroff zurückgewiesen, sondern aufgenommen würden.<sup>22</sup>

In der Folge der Kämpfe haben nach Angaben von UNHCR rund 40'000 Menschen die Krisenregion verlassen. Davon sind rund 21'000 bei Verwandten oder Freunden innerhalb Mazedoniens untergekommen, rund 8'000 haben Zuflucht in Kosova gesucht, weitere 4'500 Menschen sind in die Türkei geflohen, die übrigen Menschen haben Zuflucht in Albanien, Bosnien, Bulgarien und Kroatien gesucht.<sup>23</sup>

### 2.3.5 Grenzregelung zwischen Skopje und Belgrad

Ein weiteres Problem betrifft den Verlauf der Grenze zwischen Südkosova und Mazedonien. Die Grenzverläufe zwischen den früheren Teilrepubliken waren offenbar nicht klar geregelt, zudem sind familiäre Verbindungen im bergigen Grenzland teilweise eng und "grenzübergreifend".<sup>24</sup> Das jüngste Beispiel eines Übereinkommens zwischen Skopje (Mazedonien) und Belgrad bezüglich des Grenzverlaufs in Südkosova in der Region Gora/Dragash zeigt die heikle politische Situation auf: Während Kosova (und Montenegro) die Lösung von der BR Jugoslawien anstreben, an verschiedenen Grenzabschnitten bewaffnete Auseinandersetzungen stattfinden, die Pufferzone umstritten ist und Kosova unter internationalem Protektorat steht, regelt Belgrad mit Skopje ohne Einbezug kosovarischer VertreterInnen, und unter stillschweigender Duldung der UNMIK den Grenzverlauf Südkosovas.<sup>25</sup> Solche politisch heikle und provokative Manöver haben in der allgemein angespannten Situation stets auch Folgen auf unmittelbar lokaler Ebene, indem dort wiederum zwischen-ethnische Spannungen angeheizt werden. Im Zuge dieser Grenzverhandlungen erhoben mazedonische Nationalisten Gebietsansprüche auf südkosovarische Gebiete, um die dort wohnenden, nach ihrer Lesart mazedonisch-stämmigen Minderheiten Mazedonien anzugliedern (siehe auch unten, Kapitel Gorani).<sup>26</sup>

Die Vertreter der grossen kosovarischen Parteien protestierten gegen die Verhandlungen, die KFOR stellte den Zusammenhang zu den Auseinandersetzungen im Presevo-Tal (Südserbien) her: "Es steht ausser Diskussion, dass Gora Mazedonien zugeschlagen wird, ebensowenig wie je das Presevo-Tal mit Kosova vereinigt wird."<sup>27</sup>

Zusammenfassend muss festgehalten werden, dass diese komplexe regionale Dynamik jederzeit schnell in grössere Konflikte münden könnte. Weitere Flüchtlinge albanischer Ethnie in Kosova würden zu einer weiteren Verschlechterung der Situation der ethnischen Minderheiten führen.

---

<sup>22</sup> NZZ, 28. März 2001, Abflauen der Kämpfe in Mazedonien

<sup>23</sup> Zahlen nach: epd, Genf 28. März 2001, 40'000 Menschen aus Mazedonien auf der Flucht

<sup>24</sup> Dies gilt auch für die Ostgrenze Kosovos zum Presevo-Tal: Nach Angaben von in Gjilane lebenden Kosovaren sind etwa die Beziehungen vieler BewohnerInnen von Gjilane oder Kamenica (Ostkosova) zum sogenannten Presevo-Tal (Südserbien) traditionell viel enger als etwa zu Peja oder Giakova (Westkosova).

<sup>25</sup> Zu den Folgen für die dort siedelnde Minderheit siehe unten (Gorani)

<sup>26</sup> IWPR-Report, No.220, 21. Februar 2001

<sup>27</sup> IWPR-Report, No.220, a.a.O., Übersetzung d. Autorin

## 3 Allgemeine Sicherheitslage und Menschenrechtssituation

### 3.1 Sicherheitssituation<sup>28</sup>

Auch im März dieses Jahres wurde vom UNO-Sicherheitsrat das Mass an Gewalt als "unakzeptabel hoch" bezeichnet. Beklagt wird, dass sich auch die generelle Sicherheitssituation seit Jahresbeginn nicht verbessert habe. So verurteilte der UNO-Sicherheitsrat einmal mehr die fortgesetzte Gewalt in Kosova, darunter vor allem die ethnisch motivierte Gewalt.<sup>29</sup>

Ab Dezember letzten Jahres stiegen die gewalttätigen zwischen-ethnischen Auseinandersetzungen, Proteste, Provokationen sowie Übergriffe gegen einzelne Angehörige von ethnischen Minderheiten erneut an. Im komplexen Muster der fortdauernden Spannung scheint jeweils ein Vorkommnis schnell verschiedenste Kettenreaktionen auszulösen. Mitrovica<sup>30</sup> macht weiterhin den Eindruck einer Stadt im Kriegszustand, die Stimmung ist angespannt, die Stadt ist geteilt. Beim Übergang in den jeweils anderen Stadtteil gibt es schärfste Kontrollen, der Zugang zur albanischen "Enklave" im Nordteil der Stadt ist mit Stacheldraht verbarrikadiert und schwer bewacht. Selbst die von internationalen Organisationen angestellten lokalen Fahrer und ÜbersetzerInnen müssen entlang der ethnischen Grenze auf der Verbindungsbrücke zwischen den Stadtteilen ausgewechselt werden. In Mitrovica kam es in den vergangenen Monaten wiederholt zu Gewaltausbrüchen und gewalttätigen Demonstrationen auch gegen internationale Organisationen. Die Aufstände im serbisch kontrollierten Nordteil Kosovos in den Gemeinden Leposaviq und Zubin Potok vom letzten Dezember scheinen eigens im Hinblick auf die serbischen Parlamentswahlen organisiert worden zu sein, um die Region weiter zu destabilisieren.

Im späten Januar löste eine Handgranatenattacke gegen die bosnjakische Enklave (wo auch Angehörige der albanischen Minderheit leben) im albanischen Südteil der Stadt gewalttätige Proteste aus. In der Folge gelang es der UNMIK und der KFOR mit den albanischen VertreterInnen eine Übereinkunft zum besseren Schutz ihrer Leute im Nordteil der Stadt (u.a. Ausdehnung der "Zone of Confidence") zu finden. Diese gemeinsame Deklaration wurde jedoch von serbischer Seite lautstark abgelehnt.

In der Region von Prizren und Prishtina stieg die Gewalt zwischen der albanischen und serbischen Volksgruppe nach verschiedenen Attentaten auf die serbische Minderheit massiv an (siehe auch unten, serbische Volksgruppe).

Im Bericht des UNO-Sicherheitsrates wird zusammenfassend festgestellt, dass die andauernde Gewalt "die stärkste Gefahr für das Recht der gewöhnlichen Männer und Frauen Kosovos, auf ein friedliches und sicheres Leben bleibt."<sup>31</sup>

---

<sup>28</sup> Eine kurze Übersicht zur allgemeinen Sicherheitssituation siehe auch: UNMIK Report, 13. März 2001, a.a.O: Section B: Security Situation

<sup>29</sup> UNMIK News Report, 16. März, in: [www.un.org/peace/kosovo/news](http://www.un.org/peace/kosovo/news)

<sup>30</sup> In Annex 3 findet sich eine Landkarte, die sowohl die Minderheitenverteilung angibt, als auch die geografische Orientierung für die folgenden Ausführungen gibt.

<sup>31</sup> UNMIK-Report, 13. März 2001, a.a.O: "Continuing violence...is also the most serious threat to the right of the ordinary men and women in Kosovo to enjoy a peaceful and secure life."

### 3.2 Allgemeine Menschenrechtssituation

Laut Angaben des lokalen Menschenrechtsrates CDHRF (Council for the Defence of Human Rights and Freedoms), einer Menschenrechtsorganisation, die bereits seit über zehn Jahren in Kosova tätig ist, ging die Zahl der rapportierten Morde im Jahr 2000 zurück.<sup>32</sup> Dennoch blieb das Ausmass der Menschenrechtsverletzungen weiterhin sehr hoch. Allgemein wird nach wie vor das mangelhaft funktionierende Justizsystem kritisiert. Die weiterhin vorherrschende Straffreiheit trägt zu einem allgemeinen Gefühl der Unsicherheit bei. In diesem Klima blieben die meisten Menschenrechtsverletzungen, sowohl diejenigen gegenüber ethnischen Minderheiten als auch gegenüber der albanischen Mehrheit unaufgeklärt. Der Menschenrechtsrat weist in seinem Jahresreport auf eine indirekte Folge der mangelnden Rechtssicherheit hin. Nebst der anhaltenden mangelnden Sicherheit für die einzelnen Personen, bewirkt die Straffreiheit auch ein stetiges Anheizen der zwischen-ethnischen Spannungen: Jedes unaufgeklärt gebliebene Verbrechen an einem albanischen Opfer wurde von der albanischen Bevölkerung unweigerlich dem serbischen Geheimdienst oder der serbischen Bevölkerung generell untergeschoben, umgekehrt wurde jedes Verbrechen gegenüber Angehörigen der ethnischen Minderheiten albanischen Tätern mit rassistischen Motiven angelastet. "Solche Anschuldigungen heizten das Feuer an. Die Appelle für inter-ethnische Toleranz, für einen Stopp der Gewalt und dafür, die Aufklärung von Kriegsverbrechen und anderen Verbrechen Den Haag und anderen Gerichten zu überlassen, stiessen auf taube Ohren."<sup>33</sup>

Auch Médecins du Monde (MDM) stellt fest, dass - ungeachtet ob es sich um SerblInnen, Roma oder Ashkali oder AlbanerInnen handle - durchwegs alle das Problem der Straffreiheit ansprechen. Im Report von MDM wird die komplexe Situation so beschrieben: "Die Opfer wollen ihre Peiniger bestraft sehen. Die Serben und die Zigeuner haben ein spezifisches Interesse an diesem Prozess. Die Prozessführung gegen mutmassliche Kriegsverbrecher würde ihnen erlauben, den Albanern zu beweisen, dass nicht alle Serben und alle Zigeuner an den Kriegsgreueln teilgenommen haben, dass einige neutral geblieben sind oder ihnen gar geholfen haben. Eine echte Versöhnung, ohne Misstrauen und Vorbehalte würde endlich möglich. Noch braucht es Zeit, um ein Justizsystem aufzubauen, das diesen Namen verdient. Im Moment steckt das kosovarische Nachkriegssystem noch in den Kinderschuhen. Ein eigenes Gericht zur Verfolgung von Kriegsverbrechen hat erst eine kleine Zahl von Fällen aufnehmen können. Die Frustration wächst also immer stärker und mit ihr die Vorurteile und der Hass der Albaner gegenüber den "Gemeinschaften der Peiniger".<sup>34</sup>

Im Lauf des vergangenen Jahres wurden erste Prozesse wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durchgeführt. Allerdings schafften es insgesamt 15 Angeklagte respektive Verurteilte aus den Gefängnissen nach Serbien zu fliehen, was grosse Empörung in der albanischen Bevölkerung auslöste.

Die Frage nach den Vermissten, die zum Teil in Massengräbern, zum Teil aber auch in privaten serbischen Gefängnissen vermutet werden, ist ein weiterer Faktor, der die allgemeine Menschenrechtssituation belastet. Die Öffnung von Massengräbern, der Identifizierungsprozess von exhumierten Leichen ist im Jahr 2000 weiter fortgeschritten.

---

<sup>32</sup> CDHRF, Annual Report on Human Rights Violations in Kosova in the Year 2000: Von 247 rapportierten Todesfällen, waren 161 albanischer Zugehörigkeit (davon 9 Opfer von Minenunfällen), 45 serbische Zugehörigkeit (davon 6 Opfer von Minenunfällen respektive Anschlägen), 9 Ashkali, 7 Bosnjaken, 3 Roma, 1 russischer Soldat und 21 Personen, deren ethnische Zugehörigkeit nicht identifiziert werden konnte.

<sup>33</sup> zit. nach CDHRF, Jahresbericht, a.a.O., Übersetzung d. Autorin

<sup>34</sup> Médecins du Monde, Kosovo: Minorités en Danger, Décembre 2000, les difficultés du système judiciaire; Übersetzung d. Autorin

Zugleich ist die psychologische Behandlung der überlebenden schwer traumatisierten Opfer in Kosova weiterhin nicht gewährleistet.

Schliesslich bleibt die Tatsache, dass trotz Amnestiegesetz und dem bereits ein halbes Jahr zurückliegenden Machtwechsel in Belgrad sowie den zahlreichen Appellen von internationaler Seite sich nach wie vor rund 500 kosova-albanische Kriegsgefangene in serbischer Haft befinden, ein wunder Punkt im albanischen Kollektivbewusstsein und ein massives Hindernis für jeden Versöhnungsprozess. Beispielsweise ist die gesamte Giakova-Gruppe von 143 Gefangenen noch nicht freigelassen. Sie stammen aus jener Gegend, wo von serbischen Militärs, Paramilitärs und Polizeikräften schwerste Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen begangen wurden. Diese Männer wurden aus einem Flüchtlingstreck selektioniert und abgeführt.<sup>35</sup>

### 3.3 Situation der Frauen<sup>36</sup>

Wie bereits in der letzten Lageübersicht ausgeführt,<sup>37</sup> hat der Krieg und die mit den Massenvertreibungen einhergehenden Menschenrechtsverletzungen auch in sozialer Hinsicht in der kosova-albanischen Gesellschaft schwerwiegende Folgen nach sich gezogen, vor allem auch für die sozial schwache Gruppe der Frauen, namentlich der Witwen und Frauen von vermissten Männern. In einer empirischen Studie des UNHCR über Hinderungsgründe für Rückkehr und Reintegration für Frauen in Bosnien-Herzegowina wurde festgestellt, dass in Bosnien heute alleinstehende Mütter ökonomisch und sozial an unterster Stelle der Skala der Bedürftigen stehen. Diese Gruppe sieht sich bezüglich des Zugangs zum Eigentum, des Zugangs zu Mitteln für den Wiederaufbau, der eigenen Sicherheit und des Zugangs zu rechtlicher Sicherheit, zu Arbeit und Mechanismen der sozialen Unterstützung stark benachteiligt.<sup>38</sup> Die gleiche Entwicklung ist in Kosova zu beobachten. Generell ist die Situation für alleinstehende Frauen und Mütter, seien dies Witwen, Ehefrauen von vermissten Männern, geschiedene oder verstossene Frauen sowie Frauen, die sexuelle Gewalt und Folter überlebt haben und heute schwer traumatisiert sind, äusserst problematisch. Zu hoffen bleibt, dass die spezifische Situation und Bedürfnisse von alleinstehenden Frauen und Müttern beim langfristigen Prozess der Reintegration und des Wiederaufbaus der kosovarischen Zivilgesellschaft berücksichtigt und mit einbezogen werden. Eine Rückkehr von alleinstehenden Frauen und Müttern aus dem westlichen Ausland nach Kosova ist auch in kurz- bis mittelfristiger Hinsicht äusserst problematisch.

---

<sup>35</sup> Eine detaillierte Übersicht gibt die Belgrader Menschenrechtsorganisation "Humanitarian Law Center": HLC-Report on the application of the amnesty law, 7. März 2001

<sup>36</sup> Diese Ausführungen sind Teil der Schlussfolgerungen im Themenpapier zur Situation alleinstehender Frauen in Kosova. Siehe: Rahel Bösch, Kosova - Situation der albanischen Frauen - Rückkehrperspektiven für alleinstehende Frauen und Mütter, SFH, Bern, März 2000; siehe auch: [www.sfh-osar.ch](http://www.sfh-osar.ch)

<sup>37</sup> siehe: SFH-Lageanalyse März, 2000 und Update zur humanitären und sozialen Situation, August 2000; siehe auch: [www.sfh-osar.ch](http://www.sfh-osar.ch)

<sup>38</sup> UNHCR, Daunting Prospects, Minority Women: Obstacles to their Return and Integration, April 2000



## 4 Ethnische Minderheiten - generelle Situation<sup>39</sup>

### 4.1 Generelle Situation

Trotz der relativen Verbesserung der politischen Situation - die Abhaltung der Wahlen, der Machtwechsel in Belgrad - ist die Lage der Minderheiten weitgehend problematisch und unsicher geblieben und hat sich im Lauf der letzten drei bis vier Monate noch verschlechtert. Die Traumatisierung einer breiten Bevölkerungsschicht, die ungelöste Frage der albanischen Kriegsgefangenen in Serbien, der Mangel an Unterkünften, Arbeitsplätzen und damit sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit haben die zwischen-ethnischen Spannungen weiter erhöht. Nach den Wahlen hat eine neue Gewaltwelle, die sich vor allem gegen ethnische Minderheiten richtete, eingesetzt.<sup>40</sup> Ihre Bewegungsfreiheit ist massiv eingeschränkt mit allen Folgen für den Zugang zu medizinischer Versorgung, sozialen Infrastruktur, Schulen und Arbeitsplätzen. Die Menschen sind nach nunmehr bald zwei Jahren andauernder anhaltender Diskriminierung und regelmässigen Gewaltattacken sowie einer gleichbleibend wirtschaftlich perspektivlos erscheinenden Zukunft so stark verunsichert, dass jeder einzelne Übergriff eine äusserst wirksame Botschaft für die ganze Gruppe setzt: Ihr seid hier nicht mehr willkommen! "Der Effekt der unablässigen Gewalt ist die stetige Verbreitung von Terror und damit die Einschüchterung der Minderheitsbevölkerung."<sup>41</sup> Geringere Formen von Bedrohung wie verbale Drohungen, Steinwürfe, Diskriminierung im öffentlichen Umfeld sind für die Minderheiten so sehr Teil ihres Alltags geworden, dass diese Vorfälle nicht mehr gemeldet werden.

Die ethnische Homogenisierung hat sich dementsprechend im Lauf der letzten Monate fortgesetzt. Der Trend zur Abwanderung ins benachbarte Serbien oder ins westliche Ausland einerseits oder zum Rückzug in ethnisch homogene Enklaven hält weiter an.

#### 4.1.1 Bewegungsfreiheit und Sicherheit

Im Report des UNO-Sicherheitsrat wird die problematische Situation treffend beschrieben: "Der andauernde Mangel an adäquater Sicherheit bleibt das Hauptproblem für die verbliebenen Minderheiten in Kosovo. Dies nicht nur aufgrund der unmittelbaren Folgen von Gewalt für die Einzelnen, die Gemeinschaften und ihre Besitztümer, sondern auch aufgrund der weiteren Konsequenzen für die Bewegungsfreiheit und die Ausübung weiterer Rechte. Der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen...bleibt problematisch."<sup>42</sup>

---

<sup>39</sup> In diesem Lagebericht wird auf eine abschliessende Aufzählung der einzelnen Übergriffe und Menschenrechtsverletzungen gegen Angehörige der Minderheiten verzichtet und versucht, einen Gesamteindruck der Situation anhand spezifischer Ausschnitte zu geben. Ausdrücklich sei an dieser Stelle auf die detaillierten Ausführungen in den bisher sieben publizierten Minority-Assessments von OSCE und UNHCR verwiesen. Zahlreiche Informationen aus diesen Reports, vor allem aus dem jüngsten (period covering October 2000 through February 2001) wurden auch in der vorliegenden Lageanalyse verwendet.

<sup>40</sup> Im jüngsten Report von Médecins du Monde werden die Zusammenhänge treffend auf den Punkt gebracht: "Les séquelles de la guerre sont encore très présentes dans les esprits, notamment le sort des prisonniers albanais qui croupissent toujours dans les prisons serbes, ce qui accroît encore les tensions intercommunautaires." MDM, Minorités, a.a.o.

<sup>41</sup> OSCE/UNHCR Assessment, Assessment of the Situation of Ethnic Minorities in Kosovo, period covering October 2000 through February 2001, Übersetzung der Autorin

<sup>42</sup> UNMIK-Report, 13. März 2001, Übersetzung d. Autorin

Nach einer Periode der relativen Ruhe hat im November letzten Jahres mit dem Mord an vier Ashkali-Rückkehrern eine neue Welle von steter Gewalt eingesetzt, die im Februar mit dem Attentat auf den sogenannten Nis-Express, den regulären Konvoi zwischen der serbischen Enklave Gračanica und der südserbischen Stadt Nis, bei dem zehn Menschen ums Leben und weitere 40 verletzt wurden, einen neuerlichen Höhepunkt erreicht. Bedrohungen, Erpressung von Schutzgeldern oder Geldern für Bleiberechte, Entführungen, Ermordungen, Granatenattacken und das Anzünden von Häusern prägen weiterhin ein Klima von Gewalt und Einschüchterung für alle ethnischen Minderheiten im Land. Die OSCE spricht von einer Art orchestrierter Gewalt, hinter der teilweise eine minutiöse Planung stecke und deren Charakter darauf hinweise, dass nicht mehr einzelne Individuen mit Rachemotiven dahinter steckten, sondern bis jetzt "unidentifizierte" Elemente eine Kampagne zur fortlaufenden Terrorisierung der Minderheiten führten.<sup>43</sup> Verschiedene Versuche, die Probleme auf struktureller Ebene anzugehen, indem VertreterInnen von Minderheiten beispielsweise in die öffentliche Verwaltung einbezogen werden, scheitern an der mangelnden Sicherheit und damit der nicht vorhandenen Bewegungsfreiheit. Die konsultierten VertreterInnen der betroffenen Gruppen und der internationalen Gemeinschaft sind sich darin einig, dass sich die Situation seit Jahresbeginn weiter verschlechtert hat.

Die Zahl der Attacken ist gestiegen. Selbst in den Städten und Dörfern, wo sich die Situation für bestimmte Minderheiten etwas beruhigt hat, bringt eine Fahrt in die 76 Kilometer entfernte Hauptstadt (Prizren-Prishtina) ein Sicherheitsrisiko mit sich. Ein Besuch im Spital oder bei der serbischen Botschaft benötigt bereits eine Schutzbegleitung.

Die Straffreiheit stellt ein grosses Problem dar. Wie oben bereits erwähnt verhindert die weitgehende Straffreiheit generell die Reintegration und Versöhnung. Für die Sicherheit der Angehörigen der ethnischen Minderheiten hat sie weitere schwere und direkte Auswirkungen: "Wenn die Verantwortlichen für die Gewalt gegen ethnische Minderheiten nicht verfolgt und bestraft werden, besteht kein Zweifel daran, dass die Verbrechen nicht zurückgehen werden," heisst es im bereits oben zitierten Report zur Situation der Minderheiten von Médecins du Monde.<sup>44</sup> Die OSCE bemängelt auch das parteiische Justizsystem: Verdächtige albanische Täter würden in der Regel schnell wieder freigelassen, während Angehörige der Minderheiten lang in Untersuchungshaft blieben und keinen Zugang zu einem fairen Verfahren hätten.<sup>45</sup>

Nach wie vor können sich Angehörige der ethnischen Minderheiten nicht risikofrei bewegen. Während für die BewohnerInnen der serbischen Enklaven regelmässige Transporte organisiert wurden, müssen zahlreiche andere Betroffene die Sicherheitsrisiken selbst lösen. In der Regel erhalten sie Unterstützung seitens der KFOR oder internationalen Polizei oder auch mal eine Begleitung von UNHCR. Die enorme Einschränkung jeder Bewegungsfreiheit resultiert aus den zahlreichen fortgesetzten Attacken gegen verschiedene Transportwege, gegen Züge, Konvois und UNHCR-Busse. Wiederholt haben OSCE und UNHCR deutlich gemacht, dass die nicht vorhandene Bewegungsfreiheit nicht lediglich eine Einschränkung der Bequemlichkeit ist, sondern Ausdruck der allgemeinen Bedrohung. Bei den Roma und Ashkali bemisst sich der Grad der Bewegungsfreiheit gar direkt an der Hautfarbe: je klarer sie äusserlich an einer dunklen Hautfarbe als solche erkennbar ist, desto grösser ist die Gefahr, auf offener Strasse Opfer von Übergriffen zu werden.

---

<sup>43</sup> OSCE/UNHCR, a.a.O

<sup>44</sup> Médecins du monde, Minorités en Danger, a.a.O

<sup>45</sup> Gespräch mit Human Rights Department OSCE, Prishtina 20. März 2001 und: OSCE/UNHCR Assessment of the Situation of Ethnic Minorities in Kosovo (period covering June through September 2000)

#### 4.1.2 Medizinische Versorgung

Entsprechend der prekären Sicherheitssituation hat sich auch der Zugang zur medizinischen Versorgung in den vergangenen Monaten nicht verbessert. "Die fortdauernde Bedrohung der Sicherheit geht einher mit Diskriminierung und Intoleranz, was fortlaufend spezifische Massnahmen, wie mobile Kliniken und eskortierte Transporte zu medizinischen Einrichtungen bedarf."<sup>46</sup> Der Zugang zu medizinischer Versorgung, vor allem im sekundären (Krankenhaus) und psychologisch-psychiatrischen Bereich bleibt für Angehörige der ethnischen Minderheiten weiterhin sehr problematisch.

Dank eines Netzes von Ambulatorien ist die Basisgesundheitsversorgung<sup>47</sup> besser organisiert, wobei jedoch auch hier die Versorgung davon abhängt, ob für die ethnische Minderheit ein separates Ambulatorium zugänglich ist, das in vielen Fällen von internationalen NGOs organisiert beziehungsweise unterhalten wird. Da zahlreiche NGOs jedoch im Begriff sind, sich zurück zu ziehen, ist auch in diesem primären Bereich mittelfristig die Versorgung nicht gesichert. "Dies gilt auch für Impfkampagnen, die für die ethnischen Minderheiten bisher fast ausschliesslich von internationalen NGOs übernommen wurden. Die Medikamentenabgabe - bis Januar des laufenden Jahres für die Minderheiten von "Pharmaciens sans Frontières" durchgeführt - wurde nach dem Rückzug dieser NGO ebenfalls in die lokale und damit überwiegend albanisch besetzte Verantwortung übergeben.<sup>48</sup> Es gibt bereits erste Klagen seitens der ethnischen Minderheiten, dass der Zugang zu Medikamenten seit dieser Umstrukturierung erschwert sei.

Bis heute gibt es praktisch keine medizinische Einrichtungen, wo das Personal albanisch-serbisch gemischt wäre. Während in den serbischen Enklaven die primäre medizinische Versorgung mit den vorhandenen Ambulatorien relativ gut abgedeckt ist, ist der Zugang zur primären medizinischen Versorgung für die Roma- und Ashkali-Gemeinschaften schwierig und zum Teil unmöglich.

Die medizinische Versorgung im sekundären Bereich ist für alle ethnischen Minderheiten unbefriedigend. Die serbische Volksgruppe geht in der Regel für Spitalbesuche nach Serbien und wird in Notfällen nach Möglichkeit in KFOR-Einrichtungen gebracht oder unter Schutz ins Spital ausserhalb der Enklave gebracht. Die albanische Minderheit in Nordkosova hat keinen Zugang zum Spital in Mitrovica und muss sich behelfsmässig im KFOR-Lazarett behandeln lassen oder nach Prishtina reisen. Problematisch wird es, wenn Verkehrsmittel fehlen, wenn aufgrund von Attacken Busverbindungen eingestellt oder bei Notfällen kein Auto aufzutreiben ist. "Wenn es etwas Ernstes gibt, kontaktieren wir die KFOR," so eine serbische Frau, die in Prishtina im YU-Gebäude wohnt, "manchmal hatten wir Probleme, wenn der Bus nicht gekommen ist, der die Patienten hätte fahren sollen. In diesen Fällen können wir nicht gehen. Es gab eine Patientin, die ein Magengeschwür hatte, die wurde nach Mitrovica transportiert. Ich bin nie in eine albanische medizinische Einrichtung gegangen. Ich habe nie von jemandem gehört, der versucht hätte, dorthin zu gehen. Ich würde nie dorthin gehen, weil ich Angst habe und ich glaube, die andern würden auch nie dorthin gehen, weil sie auch Angst haben."<sup>49</sup>

<sup>46</sup> OSCE/UNHCR, a.a.O, Übersetzung d. Autorin

<sup>47</sup> Zur Basisgesundheitsversorgung gehören: Gesundheitserziehung, Wasserversorgung und sanitäre Anlagen, Mutter- und Kindbetreuung, Gesundheitsberatung und Medikamentenabgabe

<sup>48</sup> Die pharmazeutische Kooperative Kosovas (KFK) stellt die Nachfolge der früher staatlichen pharmazeutischen Abteilung dar und ist eine Mischung von öffentlicher und privater Organisation. Bis Juni soll eine Übergangsregelung die Probleme lösen, ab dann muss innerhalb der KFK die gleichberechtigte Versorgung sichergestellt sein. Dies soll damit gelöst werden, dass auch MinderheitenvertreterInnen in der KFK arbeiten. Wie dies jedoch realisiert werden soll, bei fortdauernder mangelnder physischer Sicherheit, ist fraglich. siehe auch: OSCE/UNHCR Assessment, 2001, a.a.O

<sup>49</sup> Fallbeispiel zitiert nach Médécins du Monde, a.a.o. Übersetzung d. Autorin

Noch schwieriger ist der Zugang zur medizinischen Versorgung für Ashkali und Roma: Sie werden bereits bei der primären Versorgung in Ambulatorien diskriminiert. Sie verfügen nicht über die finanziellen Mittel, um die Dienstleistungen zu bezahlen. Teilweise weigert sich das Personal, sie zu behandeln. Diese Gruppe ist nach Information von Médécins du Monde fast ausschliesslich von den internationalen Organisationen abhängig, die mobile Kliniken führen oder die PatientInnen in die albanischen Krankenhäuser begleiten. Dies ist allerdings zusehends weniger gesichert, weil sich die NGOs massiv zurückziehen. Beispielsweise sind in Giakova von ursprünglich 60 NGOs zu Beginn der laufenden Jahres nur noch vier übrig geblieben.<sup>50</sup> So stellt auch Médécins du Monde fest, dass generell die Begleitung durch eine ausländische Person Sicherheit verleiht - "aber was passiert, wenn die Beobachter abreisen?"<sup>51</sup>

Weit verbreitete Angst und Verunsicherung müssen im Kontext nicht nur des Krieges, sondern auch der vorausgegangenen Dekade des systematischen Ausschlusses der albanischen Bevölkerungsgruppe vom Zugang zum medizinischen System gesehen werden. Es gab vor dem Krieg keine Spur von einem gemischt-ethnischen medizinischen Versorgungssystem. Die Angst vor einer möglichen lebensgefährlichen Bedrohung, wenn man sich in die Hände einer Fachperson oder eines medizinischen Dienstes der andern Ethnie (in dem Fall der serbischen) und damit ein grosses Misstrauen sind weit verbreitet und tief verankert.

Die albanische Minderheit im Norden Kosovos ist in der gleichen Situation: Die Menschen haben keinen Zugang zur serbischen medizinischen Infrastruktur und sind so abhängig von Transporten in den Süden und dortiger Behandlung. Je nach aktueller Situation ist jedoch eine Fahrt durch das serbische Gebiet ein enormes Sicherheitsrisiko. Eine Kosova-Albanerin, die bei einer Granatenattacke in Mitrovica ein Bein verloren hat und in Cabra (Gemeinde Zubin Potok) lebt: "Wenn man einen Arzt besuchen muss, muss man das organisieren, jeder für sich, um nach Mitrovica oder Prishtina zu gehen. Es gibt einen Allgemeinpraktiker von einer NGO, der nur einmal die Woche vorbeikommt. Aber mir kann er nicht helfen. Ich brauche oft einen Dermatologen und ich muss auch zur Prothesenversorgung nach Prishtina. Es ist schwierig, dorthin zu gehen. Man muss Autos finden - dann ist da die Angst vor der Passage durch serbische Dörfer. Es gab schon Probleme, sie schmeissen oft Steine nach uns."<sup>52</sup>

Im tertiären Bereich, der psychologisch-psychiatrischen Versorgung werden die wenigen vorhandenen Angebote fast ausschliesslich von internationalen NGOs bereit gestellt. Der Mangel in diesem Bereich trifft die Minderheit ebenso wie die Mehrheit.

#### **4.1.3 Zugang zu Sozialfürsorge und Arbeitsplätzen**

Die Verordnung 2000/45 (UNMIK Regulation) sieht die kontinuierliche Übergabe der bisher von der international verwalteten Aufgabenbereiche in den Verantwortungsbereich der lokalen Gemeindebehörden vor. Dazu gehören auch der Sozialbereich (Centers for Social Welfare) und die Verantwortung für die Ambulatorien sowie die Kollektivzentren für die intern Vertriebenen (Temporary Collective Shelters). Dies bedeutet, dass auch die Minderheiten dieser Struktur untergeordnet sind; angesichts der fortgesetzten Diskriminierung in allen Bereichen sind Befürchtungen, dass diese Verlagerung für den Zugang der ethnischen Minderheiten zu den gesamten öffentlichen Dienstleistungen negative Konsequenzen haben wird, mehr als berechtigt.

---

<sup>50</sup> Information von Médica Mondiale, Giakova, 12. März 2000

<sup>51</sup> Médécins du Monde, a.a.O

<sup>52</sup> Fallbeispiel zitiert nach Médécins du Monde, Übersetzung d. Autorin

Auch der problematische Zugang zur Sozialfürsorge muss im Gesamtkontext gesehen werden: Die äusserst knapp bemessene Fürsorge für die ärmsten Bevölkerungsgruppen<sup>53</sup> reicht nicht zum Überleben und ist bereits für die albanische Mehrheit problematisch. Das vorhandene Sozialfürsorgesystem kann derzeit schlicht die Bedürfnisse der albanischen Bevölkerung in Kosova nicht decken. Weil praktisch die gesamte Bevölkerung arbeitslos ist, müsste ein Grossteil der Bevölkerung in Kategorie II, also Familien, die keinerlei Erwerbseinkommen haben, fallen. Die Fürsorge könne schliesslich nicht das fehlende System der Arbeitslosenversicherung ersetzen, so die Auskunft des Social Welfare Departments. Deswegen wurden bei dieser Kategorie weitere Einschränkungen vorgenommen: Um in Kategorie II zu kommen, muss ein Kind unter fünf Jahren in der Familie sein, zudem darf die Familie weder einen Traktor noch ein Auto besitzen.<sup>54</sup> Diese Einschränkung ist natürlich für alle problematisch, Familien mit älteren Kinder, kinderlose Paare, ältere Paare erhalten somit keine Unterstützung. Für Angehörige der ethnischen Minderheiten, die sich innerhalb des Landes nicht frei bewegen können, um ihr Überleben zu sichern, ist diese Regelung in vielen Fällen lebensbedrohlich. Sie wurden bereits bei der Erfassung diskriminiert. Zudem haben sie in vielen Fällen den physischen Zugang zu den CSW (Center for Sociale Welfare pro Gemeinde, wo die Bedürftigen eruiert und administriert werden) und zu der Ausgabe-stelle des Geldes bei der Bank nicht. Hinzu kommt, dass per Ende März die Vergabe von Essensrationen eingestellt wird und, wie bereits erwähnt, die internationalen NGOs sich zurück ziehen und damit die Minderheiten auf den Zugang zu den öffentlichen (zu knappen!) Dienstleistungen angewiesen sind.

Während in den grossen serbischen Enklaven bisher der Zugang zu Pensionen, Arbeitslosenversicherung und sozialer Fürsorge direkt über Belgrad gesichert war, ist die Situation für alle Angehörigen der ethnischen Minderheiten, die ausserhalb dieser Enklaven leben, prekär.

Nebst den Fürsorgegeldern ist auch der Bereich der sozialarbeiterischen Betreuung ausserordentlich problematisch. Laut Angaben der Leiterin des Departements für Sozialfürsorge herrscht generell in Kosova ein grosser Mangel an professionellem Know-how in der Sozialarbeit. "Es gibt keinerlei Institution oder Fachpersonen, die in ganz spezifischen Umständen, beispielsweise bei Kindsmisshandlung oder Missbrauch, bei innerfamiliärer Gewalt, Drogenproblemen oder etwa bei Jugenddelinquenz intervenierend und stützend eingreifen könnte. Zugleich fehlen heute die alten, für den Sozialismus typischen zentralen Institutionen, wo schwierige Fälle/Gruppen quasi weggeschlossen wurden." Es gebe, so die Auskunft des Departements für Sozialfürsorge, pro 20'000 EinwohnerInnen vielleicht einen kaum ausgebildeten Sozialarbeiter, aber niemanden, der mit sozialen Problemen professionell umgehen könne. In diesem Kontext müsse man die seitens der internationalen NGOs gestellten Forderungen nach spezifischer Betreuung der bedrohten Minderheiten stellen. Die Fachkräfte gebe es zum einen ganz einfach nicht, zum andern wäre es eine ungeschickte Bevorzugung, den Minderheiten pro 1000 Menschen eine solche Fachkraft zur Verfügung zu stellen.<sup>55</sup>

---

<sup>53</sup> Kategorie I erhält DM 120.- maximal, sofern es sich um eine mindestens fünfköpfige Familie handelt, in der kein arbeitsfähiges Mitglied ist. Anstatt der ursprünglich 38'000 vorgesehenen EmpfängerInnen sind es heute 50'000 bis 60'000.

<sup>54</sup> Auskunft Department for Social Welfare, Prishtina, 22. März 2001

<sup>55</sup> Das Problem der zu stark sichtbaren Hilfe für ethnische Minderheiten wird von Médecins du Monde thematisiert: Weil gewisse westliche Regierungen punktuelle Projekte nur für Minderheiten finanzieren, würden inter-ethnische Spannungen weiter geschürt. So würden beispielsweise von der englischen Regierung für die 330 "Enclavés" in Prishtina ein Gesundheitszentrum, ein Informationszentrum, ein Kommunikationszentrum, ein kleiner Supermarkt, die Renovation der Gebäude, der Kauf eines Generators zur ununterbrochenen Stromversorgung sowie ein Minibus finanziert - dies inmitten eines Viertels, wo verarmte albanische Familien ländlichen Ursprungs lebten, die im Krieg alles verloren hätten und keine humanitäre Hilfe von der gleichen Stelle bekämen. "De la jalousie à la violence, le chemin n'est pas long." Médecins du Monde, Minorités en danger, a.a.O.

So ist der Zugang zu Sozialfürsorgegeldern beziehungsweise genereller Unterstützung für ethnische Minderheiten sehr schwierig, beziehungsweise teilweise gar nicht möglich. Da die internationalen NGOs sich aus der humanitären Hilfe zurückziehen, wird sich die Situation allgemein in den kommenden Monaten voraussichtlich noch verschärfen.

Auch der Zugang zu Arbeitsplätzen muss im Kontext der allgemein verbreiteten Arbeitslosigkeit (nach Schätzungen 60 bis 80 Prozent) gesehen werden. Was für die Minderheiten erschwerend hinzu kommt, ist die Diskriminierung sowie die mangelnde Bewegungsfreiheit.

#### **4.1.4 Zugang zu Bildung**

Während in verschiedenen Gemeinden die Ashkali-Kinder zum Teil wieder in die Schule gehen können, bleibt der Zugang zur Schulbildung für die Roma-Kinder in den Camps weiterhin schwierig bis unmöglich. Für die bosnjakischen Kinder gibt es zum Teil wieder bosnjakische Klassenführungen. Da es keine Universität oder Hochschule mehr gibt, die in serbo-kroatischer Sprache ausbildet, bleibt der Zugang zu höherer Schulbildung für alle Personen, die nicht albanischer Muttersprache sind, faktisch verbaut.

#### **4.1.5 Situation der Frauen**

Vor dem Hintergrund der allgemein prekären Nachkriegssituation und der fortgesetzten Einschränkung und Bedrohung der ethnischen Minderheiten in ganz Kosova befinden sich die Frauen, die ethnischen Minderheiten angehören, auf der untersten Stufe der Nachkriegsgesellschaft. Die bereits im Themenpapier zur Situation der albanischen Frauen in Kosova aufgeführten Probleme hinsichtlich des Zugangs zu Sicherheit, Rechtsschutz, und sozialer Unterstützung, insbesondere für alleinstehende Frauen, Witwen, Frauen von vermissten Männern, verstossene Frauen und schwertraumatisierte Frauen<sup>56</sup> sind für die Frauen der ethnischen Minderheiten kumuliert. Insofern ihre Männer nicht gleichberechtigten Zugang zu den verfügbaren Ressourcen haben, sind sie als diesen untergestellte Individuen noch weiter benachteiligt. Hinzu kommt, dass sie der häuslichen Gewalt schutzlos ausgeliefert sind.

Bezüglich der medizinischen Versorgung gibt es insbesondere schwerwiegende Probleme bei komplizierten Geburten. Für eine normal verlaufende Geburt ist die Geburtshilfe in den serbischen Enklaven durch die verfügbaren medizinischen Kräfte abgedeckt. Die Roma- und Ashkali-Frauen haben (wie viele Kosova-Albanerinnen auch) auf die traditionelle Methode der Hausgeburt zurückgegriffen. Bei Komplikationen kommt es jedoch aufgrund der eingeschränkten Bewegungsfreiheit und des nicht vorhandenen Zugangs zu Spitälern zu lebensbedrohlichen Situationen. Laut OSCE-Minderheitenreport haben ausnahmslos alle befragten Vertreterinnen der ethnischen Minderheiten den Zugang zu Spitälern im Fall von Geburtskomplikationen als ein enormes Problem bezeichnet.<sup>57</sup>

---

<sup>56</sup> SFH-Themenpapier zur Situation albanischer Frauen, März 2001, a.a.O

<sup>57</sup> OSCE/UNHCR, Assessment a.a.O: "Access becomes a particularly acute problem for all minority communities in the case of complicated births where the expectant mother needs to be transferred to a hospital facility. ...Most frequently however, the challenge was posed simply by the logistics of reaching a hospital safety given in the general context of severe limitations on the freedom of movement of many minority communities.

Die nach wie vor nicht vorhandene professionelle Traumabehandlung ist ein weiteres akutes Problem für alle Frauen in Kosova, die Opfer von sexueller Gewalt und Folter geworden sind. Für Angehörige der Minderheiten kommen zu den Folgen der Traumatisierung noch die fortgesetzte Isolation und Bedrohungssituation mit allen oben aufgeführten Einschränkungen hinzu.

## 5 Ethnische Minderheiten - die einzelnen Volksgruppen<sup>58</sup>

### 5.1 Roma und Ashkali<sup>59</sup>

Das Drama dieser ethnischen Gruppen besteht darin, dass sie sowohl von der albanischen als auch der serbischen Bevölkerung abgelehnt und in vielfältiger Weise diskriminiert, wenn nicht verfolgt werden. Dies zeigt sich exemplarisch im Fall der Roma im serbischen Nordteil Kosovos: In Leposavic, im serbischen Teil werden sie von der serbischen Bevölkerung bedroht und schikaniert und nach Zeugenaussagen als "Albaner" beschimpft.<sup>60</sup> Zugleich haben sie sich mit ihrer Flucht in den serbischen Nordteil Kosovos aber dem Verdacht ausgesetzt, mit der serbischen Bevölkerung kollaboriert zu haben, werden also von albanischer Seite als „Serbenfreunde“ beschimpft, was eine mögliche Heimkehr zusätzlich belastet.

Der Mord an vier Ashkali am 9. November letzten Jahres hat die Gemeinschaften der Roma und Ashkali in ganz Kosova ausserordentlich schockiert. Die vier Männer - drei Familienväter und ein Jugendlicher - hatten während Monaten mit den Nachbarn eine sichere Heimkehr ausgehandelt und vorbereitet. Die Dorfbewohner hatten versichert, dass sie die Rückkehrer gerne wieder aufnehmen wollten, UNHCR, OSCE und KFOR waren bei den Rückkehrvorbereitungen involviert. Zwei Tage nach der definitiven Rückkehr wurden die vier ermordet; ihre von Kugeln durchsiebten Körper wurden vor den von UNHCR gelieferten Zelten gefunden.

---

<sup>58</sup> Hintergrundinformationen zu den einzelnen ethnischen Gruppen siehe auch: Rahel Bösch, Kosova, Lagebericht, Oktober 1999: Hier werden Grösse, Selbstdeklaration, Siedlungsgebiet usw. genauer beschrieben. (siehe auch: [http://www.sfh-osar.ch/imgupload/gutachten\\_laenderberichte/kosova9910sit-d.pdf](http://www.sfh-osar.ch/imgupload/gutachten_laenderberichte/kosova9910sit-d.pdf))

<sup>59</sup> Die Gemeinschaften der Roma, Ashkalia, Ägypter und Magjupët werden hier weiterhin unter dem Oberbegriff „Roma und Ashkali“ zusammengefasst. (siehe auch SFH-Kosova, Lageanalyse, März 2000). In ihrem jüngsten Assessment bezeichnen OSCE und UNHCR diese Volksgruppe mit dem Kürzel RAE für Roma, Ashkali und Egyptian. Die Roma-Bevölkerung in Kosova ist sehr heterogen: Die ethnische Gruppe der Roma identifiziert sich als Roma, spricht Romanes, gehört je nach Siedlungsgebiet der muslimischen, katholischen oder orthodoxen Religion an. Im Gegensatz dazu definieren sich die Ashkali eher als Albaner, sprechen kein Romanes, sondern nur albanisch und serbisch, sie sind ausschliesslich muslimischer Religionszugehörigkeit. Die Ashkali bezeichnen sich mitunter auch als Magjupë, Felah oder auch als Ägypter. Die Ägypter berufen sich auf ihre Abstammung von Alexander dem Grossen. Die Zuordnung zu ihrer ethnischen Gruppe ist den Betroffenen selbst sehr wichtig; von albanischer Seite wird diese Differenzierung jedoch nicht vorgenommen. Alle werden der Gruppe der Roma zugeordnet, die Differenzierung wird mitunter als Strategie Milosevics bezeichnet, per Zensus Kosova als multiethnisch besiedelt darzustellen und so die absolute Mehrheit der albanischen Bevölkerung in Frage zu stellen. In der Folge ist der Einfachheit halber die Rede von "Roma und Ashkali". (aus: Rahel Bösch, Kosova - Lagebericht, SFH Oktober 1999)

<sup>60</sup> Ein Fallbeispiel, siehe Médécins du Monde, a.a.O

### 5.1.1 Fortgesetzte Bedrohung und Unsicherheit<sup>61</sup>

Die Liste der während des letzten Halbjahres gegen Roma und Ashkali verübten Anschläge ist lang. Zahlreiche Attacken, Überfälle und Drohakte wurden verzeichnet. Im Oktober wurde in Shtime eine Roma Familie mit einer Handgranate attackiert. In Vushtrri wurden drei Handgranaten auf ein Roma-Haus geworfen. Im November wurde nebst dem Mord an den Rückkehrern in Skenderaj in Ferizaj ein Ashkali-Kind ermordet aufgefunden. Eine an der Eingangstür eines Ashkali-Hauses in Mali Alas angebrachte Bombe konnte rechtzeitig von der KFOR entschärft werden. Auch in den folgenden Monaten gingen die Attacken weiter: Im Februar wurde in Suhareka eine Familie mit einer Handgranate angegriffen, auch in Lipjan sowie in Shtime kam es zu erneuten Handgranatenattacken auf Häuser von Roma und Ashkali, ein Ashkali wurde auf der Strasse erschossen. Das Opfer war vor kurzem aus Bosnien heimgekehrt, um seine Frau zu suchen. Im Februar wurde ein Roma in Klina angegriffen. Laut OSCE haben sich die meisten gemeldeten Verbrechen zwar in den oben erwähnten Gemeinden abgespielt, tatsächlich seien aber nur wenige Gebiete von Gewalt und Verbrechen verschont geblieben. Selbst Regionen wie Prizren, die sonst als vergleichsweise ruhig erschienen, haben eine Zunahme an Gewalt verzeichnen müssen, was die labile Sicherheitssituation, die jederzeit destabilisiert werden kann, nur allzu deutlich macht.<sup>62</sup>

Laut Médecins du Monde geraten auch die Ashkali in Zentralkosova, im Drenica-Gebiet zunehmend unter Druck, darunter sogar Familien, deren Söhne im Krieg gegen die Serben auf Seiten der UCK mitgekämpft hatten.<sup>63</sup> Dieser Trend ist auch in Westkosova zu beobachten. Ein Fallbeispiel aus Drenoc zeigt die problematische Situation anschaulich: In dem Dorf bei Peja lebten vor dem Krieg rund 100 Ashkali. Eine Familie, die nach Montenegro geflohen war, durfte zurückkommen. Dass ihre Häuser von den Serben verbrannt worden waren, stellte eine Art Sicherheitsgarantie für ihre Rückkehr dar. Hingegen genügte der Umstand, dass ihre zwei Brüder während der NATO-Luftschläge in Drenoc geblieben waren, um jene dem Vorwurf der Kollaboration auszusetzen. Die heimgekehrte Familie, deren Häuser verbrannt worden waren, lehnte daher jeden vom UNHCR organisierten „go and see visit“ der beiden Brüder aus Montenegro ab, aus Angst, dass ein auch nur zweistündiger Besuch der Verwandten dazu führen könnte, dass auch sie selbst nicht mehr geduldet wären.

Das Problem der herrschenden Rechtslosigkeit wird von einem Insider so beschrieben: "Im Grunde genommen kann jeder Probleme bekommen, nur weil er Besitz hat," so ein UNHCR-Mitarbeiter, "gehört er einer Minderheit an, so ist er nicht vor Vertreibung geschützt." Wenn man ein Gewehr habe und ein paar Kollegen organisieren könne, sei es leicht, sich den Besitz von Minderheiten zu beschaffen. Er erwähnt den Fall eine anderen Ashkali-Familie, die ebenfalls in einem Dorf bei Peja lebt und von der zwei Söhne mit der UCK gekämpft haben und im Krieg gefallen sind Diese Familie sei in jüngster Zeit ebenfalls bedroht und aufgefordert worden, Hab und Gut zu verlassen. Die mit dem Fall befassten internationalen Vertreter sehen die Motivation für diese Drohung darin, dass die Familie über acht Hektar Wald verfügt.<sup>64</sup>

<sup>61</sup> Zu weiteren Attacken, Übergriffen und anderen Menschenrechtsverletzungen siehe auch: UNHCR/OSCE, Assessment on the Situation of Ethnic Minorities in Kosovo, Period Covering June through September 2000 sowie Assessment; und: UNHCR/OSCE Update on the Situation of Ethnic Minorities, Period Covering February through May 2000 (Übersetzung und Zusammenfassung siehe: SFH – zur sozialen und humanitären Situation im Sommer 2000, Bern, August 2000, Annex 3)

<sup>62</sup> Alle hier gemachten Angaben aus: OSCE/UNHCR, Assessment, 2001, a.a.O

<sup>63</sup> Médecins du Monde, a.a.O

<sup>64</sup> Namen und Ort werden aus Sicherheitsgründen nicht genannt.

Die Roma, Ashkali und Ägypter befinden sich in einer äusserst schwierigen Situation. Sie geniessen kaum Bewegungsfreiheit und brauchen die ständige KFOR-Präsenz für ihren Schutz. Problematisch ist die Reintegration dieser Gemeinschaft auch deshalb, weil die vertrauensbildenden Massnahmen und Rückkehrvorbereitungen innert kürzester Zeit durch Attacken von auswärtigen Tätern zunichte gemacht werden. In der Regel, so die OSCE-Vertreterin in Peja, genüge es, eine Atmosphäre der Angst zu verbreiten, indem mehrere Male hintereinander maskierte Männer auftauchten, mit Maschinengewehren in die Luft schossen, Steine in die Fenster wüfren, damit die Leute gingen, um Schlimmeres zu verhindern. Die wenigen verbliebenen Roma in Decan sind ebenfalls ständigen Drohungen ausgesetzt, insbesondere wurden auch Schulkinder wiederholt massiv bedroht oder verprügelt.

Auch in Giakova lebt eine grosse ägyptische Gemeinschaft mit rund 6'500 Mitgliedern. Nach wie vor können viele Leute nicht in ihre Häuser zurück. So vegetieren sie als intern Vertriebene in einer elenden Siedlung in der eigenen Gemeinde. Allein in der sogenannten „Colonia“, einer Ashkali-Siedlung, rund zwei Kilometer ausserhalb von Giakova bei der Mülldeponie leben rund 700 intern Vertriebene, die grösstenteils aus dem gleichen Gemeindegebiet stammen, unter elenden Umständen. Bewacht von KFOR-Truppen ist zwar ihre Sicherheit in der Siedlung selbst gewährleistet; im Gegensatz zum Roma-Ashkali-Camp in Plementina<sup>65</sup> gibt es aber keine NGOs im Camp, die für eine minimale soziale Infrastruktur besorgt wären. Allein in Giakova gibt es 400 total zerstörte Häuser (Kategorie 5) dieser Minderheit, die noch nicht wieder aufgebaut sind. Es gebe zwar zur Zeit keine Attacken, dies dürfe jedoch nicht den trügerischen Schein von Sicherheit erwecken, darin sind sich die VertreterInnen der Ashkali-Gemeinde, der OSCE und des UNHCR einig. Im allgemeinen Klima der Gesetzlosigkeit und der zahlreichen Auseinandersetzungen um Eigentum, seien die Minderheiten hier aber stets die ersten Opfer.

Auch im Camp von Plementina leben weiter rund 700 Ashkali und Roma ohne jede verbesserte Zukunftsperspektive oder Bewegungsfreiheit. Die Frustration und Gewaltbereitschaft auch in diesem Camp sind nach bald zwei Jahren fast vollständiger Isolation hoch.

Noch desolater sieht die Lage in den Roma-Camps in Nordmitrovica aus.<sup>66</sup> Die dort in elenden Camps untergebrachten Roma, grösstenteils Vertriebene aus Südmitrovica und weiteren Dörfern in der Umgebung, haben keinerlei Transportmöglichkeiten, keinen Schulzugang, keine medizinische Versorgung. Ihre Rückkehrperspektive ist kurz- bis mittelfristig gleich null.

### 5.1.2 Druck auf Unterkünfte

Im Oktober letzten Jahres verzeichnete die OSCE vier Handgranatenanschläge auf Roma-Häuser, im November wurde ein Roma-Haus in Brand gesteckt (Istog), im Dezember wurde ein weiteres in Prizren abgebrannt. Eine weitere Brandstiftung gab es im Januar in Shtime, im Februar wurden mehrere Häuser von Roma und Ashkali angesteckt.<sup>67</sup>

---

<sup>65</sup> Dieses Camp wurde von der SFH-Vertreterin mehrmals besucht und in den verschiedenen Lageberichten beschrieben.

<sup>66</sup> Von der Autorin besuchte Camps: Roma Village Cesmin Lug in Nordmitrovica und Roma-Camp in Zitkovac - Zvecan

<sup>67</sup> Eine detailliertere Beschreibung: siehe OSCE/UNHCR Assessment, a.a.O

Das hohe Ausmass an Zerstörung hat dazu geführt, dass zahlreiche albanische intern Vertriebene Unterkunftsprobleme haben.<sup>68</sup> Dies führt zu einem enormen Druck auf die Unterkünfte der Minderheiten. Albanische Familien, deren Haus und Hof total zerstört sind, nehmen den Besitz von Minderheiten, die ihrerseits als intern Vertriebene in Enklaven und Camps oder im Ausland leben, in Beschlag. Dies ist ein Muster, das derzeit in ganz Kosova existiert. Der Zuzug von intern vertriebenen albanischen Familien trägt dazu bei, dass die in der Nachbarschaft verbliebenen ethnischen Minderheiten sich zunehmend unsicher fühlen und sich in der Folge dieses „Neuzuzugs“ noch stärker bedroht fühlen, (siehe auch unten, „Strategische Käufe“, serbische Volksgruppe). Im September und Dezember letzten Jahres gab es auch in Ferizaj Wellen von intensiver Bedrohung und Einschüchterungen, die dazu führten, dass gleich mehrere Roma ihre Häuser verkauften. Auch hier wurde eine Art System beobachtet, dass die unter einer Kombination von Druck und finanziellem Anreiz gemachten Verkaufsangebote Strassenzug um Strassenzug gemacht wurden. Dieses Muster tatsächlich offen zu legen, ist auch für die Polizei schwierig, da die Betroffenen sich vor Zeugenaussagen scheuen.<sup>69</sup> In diesem Gebiet kam es auch wiederholt zu illegalen Besetzungen des Eigentums von Roma- und Ashkali durch albanische Familien aus Südserbien.

Im Gebiet von Giakova müssen viele Ashkali nach eigenen Angaben Schutzgelder in der Höhe von monatlich DM 50.- bezahlen, um vor Überfällen geschützt zu werden. Weiter gibt es Fälle von noch nicht vertriebenen Ashkali, die monatlich bis zu DM 1000.- bezahlen, quasi als Gebühr, um im Haus bleiben zu dürfen. Wer wagt, sich beispielsweise im öffentlichen Raum als Strassenverkäufer zu bewegen, riskiert, am Ende des Tages ausgeraubt zu werden. In dieser prekären Situation suchen viele Ashkali und Roma Schutz in den Siedlungen und Camps und werden so zu intern Vertriebenen in der eigenen Gemeinde.

### 5.1.3 Problematischer Wiederaufbau

Die Vertreter der Roma- und Ashkali beziehungsweise Ägyptergemeinden beklagen den nicht erfolgten Wiederaufbau der zerstörten Häuser und kritisieren in Gesprächen die internationale Gemeinschaft heftig dafür, dass sie auch von dieser Seite beim Wiederaufbau diskriminiert worden seien. Tatsächlich ist jedoch die Sicherheitssituation so prekär, dass potentielle Minderheiten-RückkehrerInnen es nicht wagen würden, beispielsweise in Zelten auf ihrem Stück Land zu leben, um das Haus wieder aufzubauen. Um für die Assessments bezüglich Wiederaufbau erreichbar zu sein, muss der Besitzer auf dem eigenen Stück Land präsent sein. Da nun die vor Ort verbliebenen Roma und Ashkali grösstenteils aus Sicherheitsgründen nicht auf ihr Stück Land beziehungsweise in ihre Ruinen zurückkehren können, sondern noch als intern Vertriebene in Camps und teils elenden Siedlungen hausen, haben sie keine Aussicht, in absehbarer Zeit ihre Häuser wieder aufbauen zu können. Die mangelnde Sicherheit und damit Bewegungsfreiheit macht somit den Zugang zum Rekonstruktionsprozess unmöglich. Sollten sie doch von einem Wiederaufbauprogramm erfasst werden, kann ihre Sicherheit nicht garantiert werden, weder auf ihrem Stück Land, noch bei der Materiallieferung, noch beim Wiederaufbau. Zudem wird befürchtet, dass solche

---

<sup>68</sup> Als „intern Vertrieben“ werden vom UNHCR all jene Personen eingestuft, die aufgrund von zerstörtem Eigentum oder fehlender Sicherheit innerhalb des Landes nicht an ihre Herkunftsorte zurückkehren können. Im Report des UNO-Generalsekretär zu intern Vertriebenen wurde die folgende Definition dieser Gruppe bezeichnet: „Persons who have been forced to flee their homes suddenly or unexpectedly in large numbers, as a result of armed conflict, internal strife, systematic violations of human rights or natural or man-made disasters; and who are within the territory of their own country.“ (zit. nach Walter Kälin, Guiding Principles on Internal Displacement, The American Society of International Law and The Brookings Institutions, Washington 2000)

<sup>69</sup> OSCE/UNHCR-Assessment February 2001, a.a.O

Anstrengungen einen unmittelbar negativen Effekt auf die eventuell noch verbliebenen Minderheiten haben könnte. Deshalb sind bald zwei Jahre nach den Vertreibungen von 1999 noch ganze niedergebrannte Siedlungen ohne jede Anzeichen eines erfolgten Wiederaufbaus anzutreffen. Andererseits gibt es auch Fälle, wo die Ruinen weggeschafft und der Boden für den Bau eines neuen Hauses von albanischen Besitzern vorbereitet wird.

Generell wird von internationaler Seite nicht bestritten, dass weniger Mittel als vorgesehen in den Wiederaufbau der Häuser dieser Gruppe geflossen sind. Dementsprechend wurden die Richtlinien für 2001 revidiert, um die spezifischen Bedürfnisse der Minderheiten zu erfassen. Problematisch bleibt, wie oben ausgeführt, dass das für die albanische Mehrheit erfolgte Modell, das wesentlich auf einem Selbsthilfemodell, das sich auf die vernetzte albanische Gesellschaft bezieht, beruht, für die Minderheiten im derzeit prekären Sicherheitsdispositiv nicht übertragbar ist.<sup>70</sup>

#### **5.1.4 Vertretung in Polizei und Politik**

Wie an vielen andern Orten auch, ist beispielsweise in der lokalen Polizei von Giakova kein Angehöriger der Minderheit vertreten. Seitens der OSCE wird die Schwierigkeit, Mitglieder dieser Gemeinschaft für den Polizeidienst im KPS (Kosovo Police Service) unter anderem auch damit begründet, dass in vielen Fällen schlicht die Bildungsvoraussetzungen für eine Bewerbung fehlten. Bis September letzten Jahres waren von insgesamt 2284 lokalen PolizistInnen lediglich neun Roma beziehungsweise Ashkali.

Generell beklagten die kontaktierten VertreterInnen dieser Volkgruppe den mangelnden Schutz durch Polizei und KFOR: Es würden keine Täter festgenommen, niemand wisse, wer hinter den Attacken steckt.

Die politische Vertretung dieser Gemeinschaft ist weiterhin sehr schwach. Zwar sind nun ihre Führer in den Gemeinden durch die UNMIK berufen worden, das bedeutet aber noch nicht, dass sie damit in irgendeiner Weise ein Gewicht einnehmen und Einfluss ausüben könnten.

#### **5.1.5 Problematische medizinische Versorgung**

Wie oben bereits ausgeführt ist die medizinische Versorgung problematisch. Die labile Situation kommt auch hier zum Ausdruck: Selbst dort, wo Zeichen der Entspannung vorhanden sind, die Ashkali also beispielsweise aufgrund von guten Erfahrungen nach und nach beginnen, die Dienste des albanischen Ambulatoriums in Anspruch zu nehmen, genügt ein kleiner Zwischenfall, wie etwa, dass ein Kind nach einer routinemässigen Impfung schwer erkrankt, dass die Eltern eine Vergiftung vermuten und hinfort die ganze Gemeinschaft diese Dienstleistungen nicht mehr in Anspruch nimmt.

#### **5.1.6 Desolate Zukunfts- und Rückkehrperspektive**

Hinzu zu den Sicherheits- und Unterkunftsproblemen kommt die Arbeitslosigkeit. Die Angehörigen dieser Gemeinschaft haben keinerlei Chancen, irgendwo eine Arbeit zu bekommen. Zwar ist die ägyptische Gemeinschaft beispielsweise in der Gemeindeversam-

---

<sup>70</sup> Guidelines for Housing Reconstructions: Für 2001 sollen 15 Prozent der Mittel für die Minorities bereitgestellt werden. „In the case of minority beneficiaries the task before is far more daunting. They are faced with fewer sources of supplemental assistance to call upon and the added complication of restrictions on their freedom of movement which impedes their ability to move goods and labour and therefore keep work going at a reasonable pace.“ (zit. nach OSCE/UNHCR Assessment, Feb. 2001)

mlung von Giakova vertreten. Dies ändert jedoch nichts an den fortdauernden Bedrohungen und Diskriminierungen. So ergingen beispielsweise an einem einzigen Märztag gegen fünf Familien Drohungen, ihre Häuser zu verlassen, ansonsten für ihre Sicherheit nicht garantiert sei. Anfangs März verliess eine weitere Familie Brekoc, nachdem ihr Haus nach wiederholten Drohungen in Brand gesteckt worden war.

Auch im Westen Kosovas sind Fälle von sorgfältig organisierter Rückkehr aus Montenegro bekannt, in denen die RückkehrerInnen nach wenigen Wochen aufgrund der Morddrohungen erneut nach Montenegro flohen. Die Situation habe sich allgemein gesagt schon verbessert, jedoch bleibe sie für die Minderheit der Ägypter-Ashkali und Roma weiterhin katastrophal, so ein Vertreter der Gemeinschaft in Giakova. Solange noch nicht einmal die Leute zurückkehren könnten, die in den Camps in Montenegro lebten, sei an eine Rückkehr der übrigen noch gar nicht zu denken. Auch für das Gebiet Prizren wird seitens der internationalen VertreterInnen eine relativ ruhige Situation für Roma und Ashkali festgestellt, jedoch betont, dass im allgemein die Situation sehr fragil sei: „Der eher positive Trend vom Herbst letzten Jahres wurde seit Jahresbeginn klar gebrochen.“<sup>71</sup>(Siehe auch unten, bosnjakische Volksgruppe). Die kontaktierten Roma Vertreter beklagen auch in dieser Region systematische Diskriminierung und Bedrohung.

Nachdem diese Situation nun zwei Jahre andauert, spricht auch in der Gegend von Peja und Giakova niemand mehr von temporären Übergangslösungen. Auch die Ashkali-Gemeinschaft in Vushtri beklagt, dass an eine Rückkehr ihrer Landsleute nicht zu denken sei, da sich die Situation seit bald zwei Jahren nicht verbessert habe und sie sich kaum ausserhalb ihrer Häuser bewegen könnten.

Trotz der zahlreichen Initiativen und den Versuchen der internationalen Gemeinschaft, mit vertrauensbildenden Massnahmen<sup>72</sup> die Reintegration dieser Gemeinschaft zu erreichen, bleibt die Zukunftsperspektive desolat. Der Druck auf diese Minderheiten, zu gehen, hält unvermindert an. Dementsprechend richten sich alle Anstrengungen der VertreterInnen der internationalen Organisationen darauf, die verbliebenen Minderheiten an der weiteren Abwanderungs- und Fluchtbewegung zu hindern. Auf einer sehr niedrigen Stufe werden weiterhin sogenannte „go- and see-visits“ organisiert.

## 5.2 Serbische Minderheit

Am 16. Februar wurden bei einem Bombenattentat auf einen serbischen Konvoi, den sogenannten „Nis-Express“, der mit KFOR-Begleitung serbische BewohnerInnen aus der Enklave Gracanica (Zentralkosova) nach Nis (Serbien) und zurück transportierte, auf der Heimfahrt nach Gracanica in der Gegend von Podujevo 10 Personen getötet und rund 40 verletzt. Offenbar war der Angriff minutiös geplant worden.<sup>73</sup> Das Attentat zog massive und zum Teil gewalttätige Proteste in den verschiedenen serbischen Enklaven und im serbisch besiedelten Nordteil Kosovas nach sich, in deren Rahmen auch die internationale Polizei angegriffen wurde. Dieser Angriff stellte den vorläufigen Höhepunkt in einer nicht endenden Serie von Attacken, Attentaten und einzelnen Übergriffen gegen die serbische Minderheit dar und schürte den Zyklus von Gewalt, Gegengewalt und Frustration in allen ethnischen Gemeinschaften erneut.

---

<sup>71</sup> Gespräch mit UNHCR-Fieldoffice Mitarbeiterin

<sup>72</sup> Plattform der gemeinsamen Aktion, verabschiedet im April 2000, humanitäre Round Tables (UNHCR), direkte Gespräche mit Mitgliedern der Übergangsverwaltung, Arlje-Abkommen

<sup>73</sup> Amnesty International, 16 February 2001, End deliberate attacks on Serb civilians



### 5.2.1 Weitere Übergriffe gegen Leib und Leben

Der Level von Gewalt gegen diese ethnische Gruppe blieb auch im vergangenen Jahr unvermindert hoch, der Prozess der Abwanderung aus gemischten Dörfern und Stadtquartieren nach Serbien, Nordkosova (serbischer Teil) oder in die grossen, bewachten Enklaven hält an. Gegen zahlreiche Angehörige der serbischen Volksgruppe wurden auch im vergangenen Halbjahr Handgranatenanschläge, Brandstiftungen und schwere Körperverletzungen bis hin zu Morden verübt. So wurde im November beispielsweise ein Serbe auf dem Marktplatz in Viti/Vitina erschossen, im Dezember starben zwei Serben an der Explosion einer Landmine, im gleichen Monat wurde ein älteres Paar am Eingang des eigenen Hauses erschlagen aufgefunden. Im Januar wurden bei einer Handgranatenattacke auf ein Geschäft sechs Serben verletzt, am 16. Februar gab es nebst dem Attentat auf den Nis-Express mit 10 Todesopfern weitere Attacken auf SerbInnen. Am Monatsende wurden die Leichen eines älteren serbischen Ehepaars in Kamenica gefunden. Hinzu kam eine Serie von Attacken gegen eskortierte Bustransporte, Konvois und Züge. Insgesamt haben die verschiedenen Attentate zahlreiche Todesopfer zur Folge gehabt.<sup>74</sup>

### 5.2.2 Übergriffe gegen Besitztümer

Laut Angaben der OSCE setzte sich die Serie von Attacken gegen von SerbInnen bewohnte Häuser ausserhalb der Enklaven auch in den Wintermonaten fort. Von Oktober bis Dezember letzten Jahres wurden insgesamt 17 Häuser durch Brandstiftung oder Handgranaten zerstört oder schwer beschädigt, im Januar und Februar waren es rund 15 Häuser oder Geschäfte. Dabei handelte es sich in vielen Fällen um leerstehende Häuser, die vor allem für potentielle RückkehrerInnen bereit gestanden hätten.

Zudem hat sich der Verkauf von serbischem Grundbesitz nach Drohungen und Einschüchterungen fortgesetzt. Weiter hat die OSCE ein Muster der sogenannten strategischen Käufe beobachtet, wonach an strategisch wichtigen Stellen, wie etwa Strassenkreuzungen serbischen Hausbesitzern gute Ankaufspreise angeboten werden. Wenn diese nicht darauf eingehen, kommt es zu wiederholten Drohungen und schliesslich zu niedrigeren Angeboten. Dieser Prozess setzt sich fort, bis der Besitzer bereit ist, zu verkaufen. Das Haus wird umgehend von albanischen Familien (nicht dem Käufer!) bezogen, in der Folge kommt es im gleichen Strassenzug zu Ankaufsangeboten zu sehr niedrigen Preisen, verbunden mit Drohungen. Die OSCE spricht in ihrem jüngsten Assessment von einer eigentlichen Kampagne, die gut organisiert erscheint. Um dieses Muster zu durchbrechen, wurde etwa in der Gemeinde Lipjan die Verordnung erlassen, dass alle inter-ethnischen Hausverkäufe zu genehmigen seien. Dieses Verfahren ist jedoch nicht sehr wirksam. Es kann die Abwanderung, die ja aus der Bedrohungssituation resultiert, nicht verhindern, dafür jedoch den Verkauf, der zumindest noch finanzielles Entgelt brachte, verunmöglichen.<sup>75</sup>

Nebst der unmittelbaren Bedrohung der Angehörigen dieser Volksgruppe haben die Attacken immer auch die Folge, dass sie die angestrebte Integration in die Strukturen der Übergangsverwaltung bremsen, wenn nicht gar blockieren. So führte der Anschlag in Velika Hoca, bei dem sechs Häuser von serbischen Besitzern zerstört wurden, dazu, dass der in den Gemeinderat berufene serbische Vertreter seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit zurücknahm.

---

<sup>74</sup> Detaillierte Ausführungen: siehe OSCE/UNHCR Assessment a.a.O

<sup>75</sup> OSCE/UNHCR Assessment, a.a.O., Property

### 5.2.3 Rückkehr

In einem sogenannten "Framework on Return 2001" haben VertreterInnen der internationalen Gemeinschaft und der serbischen Volksgruppe die Guidelines für eine mögliche Rückkehr der kosovo-serbischen intern Vertriebenen aus Serbien vereinbart. Die OSCE stellt jedoch vorsichtig fest, dass dieser Rahmen einerseits nicht nur auf dem Papier bestünde, andererseits aber auch nicht das grüne Licht für eine defacto Rückkehr bedeute.<sup>76</sup> Im "Framework" sind auch vertrauensbildende Massnahmen mit den VertreterInnen der albanischen Bevölkerungsmehrheit sowie die Wichtigkeit der Teilnahme der serbischen Volksgruppe an den gemeinsamen Verwaltungsstrukturen hervorgehoben.

Grundsätzlich befürwortet das UNHCR eine Rückkehr an den Herkunftsort, während die Vertreter der serbischen Volksgruppe eher eine breite Rückkehr in sogenannte Enklaven anstreben. Von albanischer Seite wird dieser Ansatz als politischer Schachzug, der längerfristig zur Teilung Kosovos beitragen könnte, strikt abgelehnt.<sup>77</sup> Zudem wird die mögliche Rückkehr der Kosovo-SerblInnen aus Serbien mit der Frage der albanischen Kriegsgefangenen und dem zukünftigen Status Kosovos in Verbindung gebracht.<sup>78</sup>

Wiederholt wurde von VertreterInnen von UNHCR, OSCE und UNMIK die Befürchtung geäußert, dass zaghafte Anstrengungen, vorsichtige vertrauensbildende Massnahmen und erste (wenn nicht Versöhnungsschritte, so doch) Zeichen von Reintegration durch eine verfrühte Rückkehr zunichte gemacht werden könnten. Die Folgen von sogenannten „go-and see-visits“, nach denen Anschläge auf die verbliebene Bevölkerung vor Ort verübt worden sind, machen dies deutlich. Da ist zum Beispiel das Dorf Mushnikovo im Zupa-Tal im Süden Kosovos, wo von ursprünglich 300 SerblInnen noch 71 übrig geblieben sind: Solange regelmässig rund 12 EinwohnerInnen von Mushnikovo mit einem Bus unter KFOR-Begleitung einmal wöchentlich in die Enklave von Strpce fahren, gibt es keinerlei Probleme. Ein Besuch von rund 30 SerblInnen, die aus Mushnikovo stammen, aber in der Enklave Strpce in Mushnikovo leben, mit einer geplanten Übernachtung im Heimatort, verursacht sofort Probleme, auch für die verbliebenen SerblInnen. So ging nach einem runden Tisch, wo solche Schritte geplant wurden, bei einem serbischen Einwohner von Mushnikovo eine Bombe hoch. Der Betroffene macht jedoch klar, dass ihn nichts von seinem Heimatdorf wegbringen würde.<sup>79</sup>

## 5.3 Bosnjakische Volksgruppe (Muslimische Slawen)<sup>80</sup>

Nach Angaben des Vertreters der bosnjakischen Volksgruppe in Peja sind mittlerweile rund 22'000 der insgesamt rund 57'000 Menschen umfassenden Gruppe ins Ausland geflohen oder migriert. Im Allgemeinen hat sich die Sicherheitssituation im Gemeindegebiet von Peja und Prizren für diese Volksgruppe zwar stabilisiert, der Druck zur steten Abwanderung ist

<sup>76</sup> OSCE/UNHCR, Assessment, a.a.O: "It is a viable working tool upon which to base further and more detailed activities linked to the potential return of Kosovo Serbs building on activities that have already commenced such as small scale go and see visits for the benefit of IDPs."

<sup>77</sup> Dies muss auch im Zusammenhang mit der langen Tradition, das demografische Gleichgewicht Kosovos mit Neuansiedlungen, Vertreibungen, administrativen Umzonungen zu verändern, gesehen werden.

<sup>78</sup> Genauere Ausführungen zum Framework in: OSCE/UNHCR Assessment, a.a.O

<sup>79</sup> Gespräch mit der Führer der serbischen Gemeinschaft in Mushnikovo, 23. März 2001

<sup>80</sup> Laut Zensus von 1991 deklarierten sich rund 60'000 Personen als muslimische Slawen. Diese Gruppe spricht serbisch, oder heute "bosnjakisch", und gehört der muslimischen Religion an. Während sie sich unter dem serbischen Regime eher als muslimische Slawen deklarierten, um sich nicht zu sehr von der serbischen Volksgruppe abzuheben, besinnen sie sich heute auf das Bosnjakentum; die "bosnische Sprache" und Kultur zunehmend betont und pflegt, um sich von der serbischen Volksgruppe deutlich abzugrenzen. Siehe auch: Kosova-Lagebericht, 1999, a.a.O

jedoch geblieben. Die MitarbeiterInnen der Field-Offices von UNHCR und OSCE in Peja gehen davon aus, dass der Grad an Bedrohungen und Einschüchterungen auch dieser Volksgruppe gegenüber weiterhin relativ hoch ist, dass jedoch - wie bei den Roma und Ashkali auch - viele Fälle nicht gemeldet werden, um die Spannung nicht zusätzlich zu steigern und keine negativen Reaktionen der Umgebung zu erzeugen. So zeigt der Umstand, dass in Vitromirica eigens eine UNMIK-Polizeistation eingerichtet wurde, deutlich, wie labil die Sicherheitssituation ist. Die VertreterInnen dieser Gemeinschaft weisen denn auch ausdrücklich auf die Station hin, dass sie sich sicherer fühlen, seit die Polizei vor Ort ist.

Die Perspektivlosigkeit und mangelnde Bewegungsfreiheit resultiert auch bei dieser Volksgruppe in einem stetigen Abwanderungsprozess. Im Unterschied zu vielen jungen Kosova-AlbanerInnen, die auch migrieren möchten, weil die Situation derzeit so desolat ist, migrieren die Bosnjaken als ganze Familie und verkaufen ihre Besitztümer. "Es ist ein Wegzug ohne Wiederkehr!" so ein Bosnjaken-Vertreter in Prizren.<sup>81</sup>

### 5.3.1 Sicherheitssituation

Seit Sommer 1999 sind allein in der Gegend von Peja 28 Angehörige dieser Volksgruppe, in ganz Kosova 56 Personen ermordet worden. Das Muster der steten Bedrohung, die blitzschnell in ein tödliches Attentat umkippen kann, wird am Beispiel der bosnjakischen Frau in Vitromirica, der Hauptsiedlung der bosnjakischen Gemeinschaft östlich von Peja, deutlich. Die Mutter wurde im November letzten Jahres in der Folge eines Streits zwischen ihrem Jungen und einem kosova-albanischen Kollegen in ihrer Wohnung erschossen. Im gleichen Monat wurde ein bosnjakischer Mann in Peja angegriffen. Im Februar des laufenden Jahres wurde ein bosnjakisches Haus in Vitromirica ausgeraubt. Die Vertreter der bosnjakischen Gemeinschaft zeigen sich im Gespräch vorsichtig, betonen die graduellen Verbesserung der Situation, erwähnen jedoch auch spezifische Probleme, wie etwa den Druck von kosova-albanischen Rückkehrern, deren Häuser in der Umgebung vollständig zerstört seien, auf die bosnjakischen Häuser. "Es gibt viele Probleme, solange wir unsere Leute nicht daran hindern können, ihr Eigentum zu sehr niedrigen Preisen zu verkaufen, um definitiv ins Ausland zu gehen, ist die Zeit sicher nicht reif für die Rückkehr," so ein Vertreter der Gemeinschaft. Eine Rückkehr ihrer Leute, darin sind sie sich einig, würde die Situation der Hiergebliebenen noch zusätzlich "verkomplizieren". Die fragile Sicherheitssituation wird auch seitens der OSCE VertreterInnen im Fieldoffice Peja bestätigt. Es wird darauf verwiesen, dass die Zahl der gemeldeten Attacken gegen Minderheiten verglichen mit dem Osten des Landes deswegen verhältnismässig niedrig sei, weil zahlenmässig die Gruppe der ethnischen Minderheiten in dieser Gegend viel kleiner sei. "Wir haben nicht weniger Gewalt hier, weil die Integration besser wäre, sondern weil die Zahl der Minderheiten kleiner ist."<sup>82</sup>

Im Februar nahm die Zahl der gewalttätigen Übergriffe auch in Prizren zu: "Sogar Orte wie Prizren, im allgemeinen als vergleichsweise ruhig eingestuft, erlebten eine wachsende Zahl von gewalttätigen Zwischenfällen, was den brüchigen und unberechenbaren Charakter der Sicherheitssituation, die sich in jedem Moment ändern kann, deutlich macht."<sup>83</sup>

---

<sup>81</sup> Die hier zitierten Ressourcepersons und Vertreter der bosnjakischen Volksgruppe werden aus Sicherheitsgründen nicht namentlich genannt.

<sup>82</sup> Gespräch mit OSCE-Vertreterin, Peja, 22. März 2001

<sup>83</sup> OSCE/UNHCR, Assessment, a.a.O

Auch der Vertreter der BSDAK (bosnjakischen SDA Kosova) in Prizren stuft die Situation als sehr unsicher ein. Zudem sei es in ökonomischer Hinsicht äusserst problematisch: „Wenn schon die Mehrheit nicht genug hat, hat die Minderheit keine Chancen,“ so bringt es der Parteipolitiker lapidar auf den Punkt. Die Leute sähen keine Zukunftsperspektive mehr, sie könnten ja nicht einmal ihre Muttersprache überall sprechen, ohne sich zu gefährden. In Prizren fühle er sich einigermassen sicher, wenn er aber wegen einem Parteitreffen oder einer Passangelegenheit nach Prishtina fahren müsse, fühle er sich gefährdet und brauche eine Eskorte.

#### 5.4 Gorani<sup>84</sup>

Vor dem Krieg gehörten die Gorani zur wohlhabenden Mittelschicht; sie sehen sich selbst als Teil der gebildeten Schicht, mit tendenziell höherem Bildungsgrad als beispielsweise die bosnjakische Volksgruppe. Viele Gorani führten Geschäfte, vor allem Bäckereien und Konditoreien sowie Restaurant. Bis 1998 gehörten allein in Prishtina rund 50 Restaurants goranischen Familien; zehn goranische Professoren waren an der Universität Prishtina angestellt.

Im Allgemeinen gleicht heute die Situation der Gorani derjenigen der bosnjakischen Volksgruppe. Im Unterschied zu letzterer wird jedoch den Gorani grundsätzlich eine grössere Nähe zur serbischen Volksgruppe unterstellt. Als Soldaten wurden sie während des Kriegs in der Region vom serbischen Militär als Reservisten eingesetzt. Insbesondere gehörte es zu ihren Aufgaben, die Grenzen nach Mazedonien und Albanien zu sichern. Sie werden heute beim Zugang zu Arbeitsstellen ebenso wie zum Sozialversicherungssystem diskriminiert. Hinzu kommt, dass die Gorani in einem abgegrenzten enklaven-ähnlichen Gebiet vom Rest des Landes isoliert leben.<sup>85</sup> In der Dragash/Gora-Region, wo nach Schätzungen noch rund 10'000 Gorani leben, gab es allein seit September letzten Jahres 35 Attacken mit Handgranaten oder Sprengbomben. Anfangs März dieses Jahres wurde eine Bombenattacke gegen eine 17köpfige goranische Familie in Dragash verübt. Es gab mehrere Schwerverletzte. Der Familien-Vater hatte eine wichtige Rolle im örtlichen Gesundheitszentrum gespielt und war nach Juni 1999 entlassen worden. Besonders schwerwiegend ist in diesem Fall der Umstand, dass das betroffene Haus in 50 Meter Entfernung von der Station der UNMIK-Polizei und KFOR liegt. Auch in diesem Fall gibt es keine festgenommenen Tatverdächtigen, die Polizei tappt nach wie vor im Dunkeln. In der Region Dragash-/Gora ist auch die TMK<sup>86</sup> sehr aktiv; zeitweise soll sie sogar die Zusammenarbeit mit der UNMIK-Polizei verweigert haben.

Wiederholt wurden Gorani auch Objekt gezielter Übergriffe, wenn sie ausserhalb ihrer Herkunftsregion in Kosova unterwegs waren. Seit Juni 1999 wurden mindestens fünf Gorani aus Dragash getötet. In der gleichen Zeitspanne verliessen rund 1'500 Gorani ihre Dörfer in der Region Dragash und wanderten nach Belgrad ab, rund 1000 Gorani migrierten nach Mazedonien. Da die Gorani im Unterschied zu den Bosnjaken praktisch kein albanisch sprechen, sind sie hinsichtlich des Bildungssystems faktisch vom Zugang zu jeder höheren

---

<sup>84</sup> Laut Schätzungen der OSCE lebten 1999 rund 13'200 Gorani in der Region von Gora/ Dragash (Südzipfel von Kosova). Diese Gruppe ist ebenfalls muslimischer Volkszugehörigkeit, pflegt eine ausgeprägt eigene Kultur und spricht serbisch mit mazedonischer Dialektfärbung. Weitere Informationen siehe: SFH, Kosova-Lagebericht, Oktober 1999

<sup>85</sup> siehe auch: Karte Minderheiten, Annex 3

<sup>86</sup> TMK - Trupa Mbrojtësë të Kosovës; das Kosovo Protection Corps, das vor allem aus demobilisierten ehemaligen UCK-Soldaten besteht, soll beim zivilen Wiederaufbau und in der Katastrophenhilfe eingesetzt werden. Von kosovarischer Seite wird das TMK jedoch eher als Grundstein für eine zukünftige Armee Kosovos gesehen. (siehe auch: SFH, Kosova - Lageanalyse - März 2000)



Schulbildung in Kosova ausgeschlossen. Die Kombination von Unsicherheit, langfristiger Perspektivlosigkeit und der Unmöglichkeit, auch ausserhalb der Heimatregion ihre Muttersprache sprechen zu können, führt auch bei dieser Volksgruppe zu einem stetigen Abwanderungstrend.

In jüngster Zeit kommen die Auseinandersetzungen in Westmazedonien, entlang des Südpfahls von Kosova hinzu. Zu befürchten ist, dass in dieser Region die Ankunft von albanischen Flüchtlingen aus Mazedonien innert kürzester Zeit die fragile Sicherheitssituation verschärfen wird und in der Folge der Druck auf die goranische, serbische und bosnjakische Minderheit steigt.

Ein weiteres Problem ist, wie bereits oben ausgeführt, der Grenzverlauf in der Dragash-/Gora-Region. Vertreter der Gorani grenzten sich klar von mazedonisch-nationalistischen Tendenzen ab: "Viele versuchen, uns als die Ihrigen zu deklarieren, aber wir sind Gorani und unser Land ist Gora-Kosova." Harun Asllani, stellvertretender Gemeindepräsident von Dragash wird von albanischer Seite eine proserbische Haltung nachgesagt. In dem Interview mit einem IWPR-Journalisten bestritt er dies jedoch deutlich: "Die Mazedonier und Serben können sagen, was sie wollen, aber wir sind Muslime seit türkischen Zeiten und ich glaube nicht, dass jemand von uns daran denkt, dass Gora Mazedonien angeschlossen werden sollte."<sup>87</sup> Die mazedonischen Ansprüche könnten das ohnehin äusserst fragile Klima im Süden Kosovos zusammen mit der Krise im angrenzenden, mehrheitlich albanisch besiedelten Westmazedonien sehr schnell zu ungunsten dieser Minderheit kippen lassen.

## 5.5 Albanische Minderheit in Nordkosova

Im serbisch kontrollierten Norden Kosovos leben mittlerweile schätzungsweise noch rund 3000 AlbanerInnen. Nach Angaben des UNHCR in Mitrovica leben in Mitrovica Nord noch rund 50 Familien. "Eingeschlossen in ihre Appartements, abhängig von der humanitären Hilfe, ständig von Drohungen und unaufhörlichen anonymen Telefonen bedroht... beschliessen sie schliesslich zu gehen." So umschreibt Médécins du Monde die Situation dieser Minderheit. Die albanische Minderheit in diesem Teil Kosovos ist der gleichen stetigen massiven Bedrohung durch Angriffe auf die Wohnungen und andere Übergriffe ausgesetzt, wie die anderen ethnischen Minderheiten ausgesetzt. Sie werden fortlaufend bedroht, können sich nicht frei auf der Strasse bewegen, sind Opfer von Handgranatenattacken, Brandstiftungen, Überfällen, Entführungen und Morden. Ende Januar des laufenden Jahres zog der Tod eines 15jährigen albanischen Jungens in der Folge eines Handgranatenanschlags eine Serie von gewalttätigen Protesten nach sich.

Nur noch wenige Personen halten der ständigen Bedrohung stand; nach und nach verlassen sie ihre Häuser und Wohnungen, wie die übrigen ethnischen Minderheiten. Das UNHCR in Mitrovica unterscheidet zwischen in Enklaven lebenden und sogenannten "isoliert" lebenden AlbanerInnen. Letztere sind durch die KFOR praktisch nicht zu schützen und stehen aus Sicherheitsgründen faktisch unter Hausarrest. Seit Dezember hat sich die Situation für diese Minderheit stetig verschlechtert. "Immer wenn es politische Spannungen gibt, geschehen in der unmittelbaren Folge erneut Vertreibungen," so die UNHCR-Mitarbeiterin in Mitrovica. Auch hier seien ethnische und ökonomische Motive verknüpft. AlbanerInnen werden aus ihren Wohnungen vertrieben, schlicht um das Appartement der Familie zu ergattern.

---

<sup>87</sup> Adriatik Kelmendi, in: IWPR-Report, No. 220, 21. Februar 2001

Schätzungsweise 4000 AlbanerInnen aus Nordmitrovica und den serbisch besiedelten Gemeinden in Nordkosova leben als intern Vertriebene in Südmitrovica. Die fortgesetzte Vertreibung aus dem Norden macht die AlbanerInnen zu intern Vertriebenen, erhöht zugleich im Süden wiederum den Druck auf die andern ethnischen Minderheiten und vermindert so langfristige Lösungen. Daher lehnt UNHCR eine Rückkehr von albanischen Flüchtlingen, die aus dem serbisch kontrollierten Teil Kosovas stammen, aus dem westlichen Ausland ab.

## 6 Rückkehrperspektive für die ethnischen Minderheiten

Die Rückkehr einer grossen Anzahl von Kosova-AlbanerInnen aus dem westlichen Ausland in eine humanitär und politisch weitgehend instabile Struktur vor Ort hat nebst anderen Faktoren mit dazu beigetragen, dass sich die zwischen-ethnischen Probleme nicht entschärfen konnten. Der Kampf um das soziale Überleben, um Unterkünfte, die massiv überfüllten Städte, das nicht funktionierende Justizsystem - diese Faktoren haben in einem komplexen Zusammenspiel mit den regionalen politischen Spannungen und Krisen dazu beigetragen, dass sich bisher die Situation nicht wirklich beruhigen konnte und der Druck auf die verbliebenen ethnischen Minderheiten weiter gestiegen ist.

Internationale NGOs warnen vor einer verfrühten Rückkehr der Kosova-SerblInnen aus Serbien: Eine massive Rückkehr dieser Gruppe würde die vorhandenen zwischen-ethnischen Spannungen massiv erhöhen, nicht zuletzt deshalb, weil der Druck auf die knappen Ressourcen zunehmen und damit der Verteilungskampf um die gesellschaftlich verfügbaren Güter (Arbeitsplätze, Unterkunft, Zugang zu Schulen, Zugang zur medizinischen Versorgung) noch härter würde. Vor diesem Hintergrund, so die Organisation "Médécins du Monde" in ihrem Minderheiten-Report, sei es wichtig, voraus zu sehen, dass die verfrühte Rückkehr die ohnehin bereits schwierige ethnische "Koexistenz" noch erschweren würde.<sup>88</sup>

Jede Rückkehr der ethnischen Minderheiten, so ein Vertreter der UN-Verwaltung, stehe aus Sicherheitsgründen derzeit für die UNMIK ausser Diskussion. Diesbezüglich vertrete die UNMIK die gleiche Haltung wie UNHCR, welches – die Türkischstämmigen und katholischen AlbanerInnen ausgenommen – jede Förderung oder Unterstützung einer Rückkehr von ethnischen Minderheiten aus dem Ausland nach Kosova ablehnt. Es stehe zwar nicht in der Macht der UNMIK unter Druck zustande gekommene, sogenannte freiwillige Rückkehr (das UNHCR spricht von induzierter Rückkehr) von ethnischen Minderheiten zu verhindern. Zwangsweise zurückgeführte Minderheit aber würden von der UNMIK nicht übernommen.<sup>89</sup>

Laut Angaben der UNMIK muss die Problematik der Integration und Rückkehr der ethnischen Minderheiten, inklusive auch der albanischen Minderheiten im Nordteil Kosovas, in drei Phasen unterschieden werden: Erstens geht es darum, zu versuchen, die verbliebenen ethnischen Minderheiten an einer Flucht und Abwanderung zu hindern.

---

<sup>88</sup> Médécins du Monde, a.a.O: "Puisqu'il en est ainsi avec les Ashkalis, il est aisé de prévoir que le retour des kosovars serbs déplacés en Serbie ou réfugiés à l'étranger compliquerait la coexistence ethnique déjà difficile de la province."

<sup>89</sup> Gespräch mit einem Vertreter der UNMIK, Human Rights and Community Affairs, Prishtina, 20. März 2001

Zweitens geht es darum, sie zu stärken und zu reintegrieren („empowerment“), drittens schliesslich geht es um die Frage der Rückkehr. Natürlich müsse die UNMIK in der fragilen Situation alle drei Phasen im Auge behalten; in der aktuellen Situation liege aber – so die einhellige Auskunft der VertreterInnen vor Ort – der Fokus der Anstrengungen klar auf dem ersten Punkt, nämlich den Bemühungen, die noch verbliebenen Minderheiten in Kosova zu behalten und weitere Abwanderungen zu verhindern. Jede verfrühte oder forcierte Rückkehr aus dem Ausland gefährde die Angehörigen der ethnischen Minderheiten, die noch vor Ort geblieben sind, so der einstimmige Tenor.<sup>90</sup>

Seitens der UNMIK wird betont, dass es nun mit der Implementierung der Wahlergebnisse darum ginge, als Facilitator zwischen den neuen Gemeindebehörden und den Minderheiten-Vertretern zu wirken. Zudem hat die UNMIK für jede Gemeinde eine/n sogenannte/n „Community-Officer“ eingesetzt. Diese Person hat eine Art Ombuds-Funktion für die Minderheiten, die spezifische Schwierigkeiten haben. Ein weiterer Schritt ist, wie oben bereits erwähnt, die Kooptation von Minderheiten-VertreterInnen entsprechend ihrem demografischen Anteil in die Gemeindeversammlung.

Auch bezüglich einer möglichen Rückkehr von bestimmten Minderheiten in ganz spezifische Gemeinden Kosovas bezieht die UNMIK klar Stellung: „Kosova ist schon ein sehr kleiner Fleck an und für sich. Solange es innerhalb dieser kleinen Region keine Bewegungsfreiheit für ethnische Minderheiten gibt, lehnen wir jeden Mikro-Approach klar ab,“ so ein UNMIK-Vertreter. Beispielsweise sei die südliche Region von Prizren (Dragash/Gora) keineswegs eine Art sicherer Hafen („Safe Heaven“), sondern habe klar den Charakter einer geschlossenen Enklave ohne Bewegungsfreiheit im übrigen Land. Wie oben aufgezeigt wurde, ist zudem gerade in diesem Gebiet die Situation aufgrund der mazedonischen Ansprüche und der Krise in Westmazedonien extrem angespannt und kann jederzeit in weiteren Anschlägen und Vertreibungen ausarten.

Auch die MitarbeiterInnen des UNHCR in Kosova stellen zwar fest, dass die Situation in einzelnen Dörfern und Städten vielleicht ruhiger ist, als in andern. Die Unsicherheit betreffe jedoch alle, zudem müsse man bedenken, dass die angesprochenen Gemeinden rein geografisch sehr nahe beieinander lägen.<sup>91</sup> Konkret fragt eine UNHCR-Mitarbeiterin: „Wie kleinräumig will man gehen? Was ist als Gebiet zu bezeichnen, wo sich die Situation beruhigt hat? Ist es ein rund um die Uhr bewachtes Appartement, wo sich die alte serbische Bewohnerin noch einigermaßen sicher fühlt? Ist es ein Dörfchen, wo die Ashkali-Kinder wieder unbehelligt mit den albanischen in die Schule gehen dürfen?“<sup>92</sup> Kurz – solange es keine Bewegungsfreiheit ohne Risiko zwischen den einzelnen Städten, Dörfern oder Enklaven gibt, darin sind sich alle GesprächspartnerInnen einig, könne man auch keine einzelnen Minderheiten in sogenannten ruhige Gebiete zurückführen.

Bei einer Rückführung von albanischen Flüchtlingen aus Südserbien aus dem westlichen Ausland nach Kosova würde es sich nach Meinung der UNMIK klar um eine Neuansiedlung und nicht um Rückkehr handeln. Laut Resolution 1244 erklärt sich die UNMIK als ausschliesslich zuständig für BürgerInnen mit letztem Wohnsitz in Kosova. Dies bedeutet, dass

---

<sup>90</sup> Diese Haltung wurde in allen, im Rahmen der Abklärung geführten Gesprächen bestätigt, sowohl seitens der VertreterInnen der internationalen Organisationen als auch der ethnischen Minderheiten.

<sup>91</sup> Die „heisse“ Region Mitrovica liegt beispielsweise in 36 km Entfernung von Prishtina; Skenderaj/Srbica (wo die Ashkali-Rückkehrer ermordet wurden) ist von Peja/Pec aus in einer Autostunde zu erreichen; Decan/Decani (wo die Ashkali-Kinder auf dem Schulweg bedroht werden) liegt 14 km entfernt von Giakovë/Diakovica, wo die Kinder z.Z. problemlos in die Schule gehen können. Die serbische Enklave Strëpcë/Strpce liegt 36 km von Prizren entfernt; Suhareka/Suva Reka (wo die Roma grosse Probleme haben) liegt nur 20 km von Prizren entfernt, etc.

<sup>92</sup> Gespräch mit UNHCR-Vertreterin, Prishtina, 19. März 2001

die UNMIK nach wie vor keine zwangsweise rückgeführten AlbanerInnen aus Südserbien akzeptiert. Hinzu kommt die humanitäre Situation: In verschiedenen Fällen hat der Influx von albanischen Flüchtlingen in den Osten Kosovas zur Vertreibung von noch dort ansässigen Roma oder SerblInnen geführt.

Schliesslich lehnen UNMIK und UNHCR eine Rückführung von Roma aus Kosova in das Gebiet Serbiens deutlich ab. Einerseits ist die humanitäre Situation der Roma, insbesondere auch derjenigen, die aus Kosova stammen, desolat und wäre eine Versorgung weiterer Roma nicht sicher gestellt.<sup>93</sup> Hinzu kommt, dass eine Rückführung über Serbien die langfristige Heimkehr in die Herkunftsgemeinde in Kosova wenn nicht faktisch verhindert, dann doch nachhaltig erschwert. Wie bereits oben ausgeführt, haftet den Roma aus Kosova, die in Serbien Zuflucht gefunden haben, der Verdacht der Kollaboration mit dem verhassten serbischen Regime an.

## 7 Zusammenfassung

Nach den erfolgreich durchgeführten Lokalwahlen in Kosova soll die Überführung der UN-Administration in die lokale Verantwortung weiter fortgesetzt werden. Dieser Übergang zur "substantiellen Autonomie" soll noch in diesem Jahr mit kosova-weiten Wahlen abgeschlossen werden. Der definitive Status von Kosova ist jedoch weiterhin nicht festgelegt. Somit steht ein heikler Transitionsprozess bevor, der überschattet ist vom zähen Machtkampf der wichtigsten kosova-albanischen Parteien, der Verweigerung der Mitarbeit von serbischer Seite und dem fortgesetzten Klima der Gewalt und zwischen-ethnischen Spannungen.

Die innenpolitischen Schwierigkeiten werden wiederum beeinflusst von den Krisen in der gesamten Region: Trotz des Machtwechsels in Serbien herrscht nach wie vor ein eisiges Klima zwischen Belgrad und Prishtina, noch hält Belgrad kosova-albanische Kriegsgefangene in Haft. In Südserbien schwelt der Konflikt zwischen der albanischen "Befreiungsbewegung" UCPMB und der serbischen Polizei; der Nordteil Kosovas steht weiterhin unter serbischer Kontrolle und verweigert die Zusammenarbeit mit der UN-Verwaltung. An der Südgrenze Kosovas, im mehrheitlich albanisch besiedelten Westen Mazedoniens, drohte Ende März der Ausbruch eines Bürgerkriegs. Montenegro schliesslich strebt weiterhin die Unabhängigkeit an; die Loslösung würde faktisch die Auflösung der BR Jugoslawien bedeuten.

Entsprechend diesem krisenhaften regionalen Szenario ist der zaghafte Prozess der Normalisierung in Kosova überschattet und labil. Ein Grossteil der Bevölkerung leidet an einem Mangel an Arbeitsplätzen, Unterkünften, sozialer Sicherheit, Bildungsmöglichkeiten und gesicherter Zukunftsperspektive. Hinzu kommt die fortdauernde Rechtsunsicherheit und damit der hohe Level an Gewalt. Die **Sicherheits- und Menschenrechtssituation** hat sich nicht wesentlich verbessert. Trotz intensiver Anstrengungen von internationaler Seite herrscht weiterhin weitgehende Straffreiheit, sowohl für mutmassliche Kriegsverbrecher als auch für die Verantwortlichen für die Übergriffe gegen ethnische Minderheiten.

Vor diesem Umfeld hat sich die **allgemeine Situation der ethnischen Minderheiten** nicht verbessert, sondern tendenziell verschlechtert. Der Mord an vier Ashkali-Rückkehrern im November letzten Jahres und das Attentat gegen den serbischen Konvoi "Nis-Express" mit zehn Toten und über 40 Verletzten im Februar dieses Jahres stellen lediglich zwei extreme

---

<sup>93</sup> eine Schilderung der Situation der Roma in Serbien siehe Annex 5: Roma in Serbien, Das Leben an den Grenzen der Gesellschaft, AIM 29. Februar 2001 (Übersetzung des englischen Originals)



Tiefpunkte in einem fortdauernden generellen Klima von Einschüchterungen, Bedrohungen, Anschlägen und Attacken dar. Die mangelnde Sicherheit führt zu einer stark eingeschränkten Bewegungsfreiheit mit allen Konsequenzen für den Zugang zu den ohnehin knapp vorhandenen gesellschaftlichen Ressourcen (Arbeitsplätze, Unterkunft, soziale Sicherheit). Das Klima der allgemeinen Unsicherheit droht die einzelnen zaghaften Fortschritte hin zu Reintegration zu zerschlagen. Nachdem diese Situation nun bald zwei Jahren andauert und sich keine Verbesserung abzeichnet, ist die Stimmung von Angst und Resignation geprägt; es genügen bereits geringfügige Zwischenfälle, um die Minderheiten definitiv zu vertreiben.

Die Gewalt gegen die **Roma und Ashkali-Gemeinde** dauert an; aufgrund der mangelnden Sicherheit leben sie als intern Vertriebene nach wie vor mehrheitlich in elenden "temporären" Siedlungen ohne jede Zukunftsperspektive. Auch im Westen Kosovos, wo die Ashkali-Gemeinschaft teilweise erste Integrationsschritte erzielt hat, herrschen Angst und Unsicherheit. Der Druck bis hin zu gezielter Vertreibung ist auch dort stark.

Die Vertreibung der **serbischen Volksgruppe** aus gemischten Siedlungen in homogene Enklaven hält an. Brandstiftungen, Handgranatenattacken, Überfälle, Morde und Attentate auf Konvois und Züge prägen das Klima weiterhin und tragen in den Enklaven zu einer weiteren Radikalisierung bei.

Die **bosnjakische Volksgruppe** steht trotz gradueller Verbesserungen in Prizren und Vitromirica weiterhin unter grossem Druck. Fortlaufende Einschüchterungen, einzelne Attentate sowie die Unmöglichkeit, die Muttersprache frei zu sprechen und sich ausserhalb dieser Gebiete frei zu bewegen, führen zu einem steten Abwanderungsdruck. Ebenso wie die Ashkali, sieht auch die bosnjakische Volksgruppe jede forcierte Rückkehr ihrer Landleute aus dem Ausland als konkrete Gefährdung für ihren Verbleib und ihre Reintegration vor Ort.

Die **goranische Volksgruppe** lebt isoliert im südlichen Zipfel Kosovos, unmittelbar angrenzend zum mazedonischen Krisengebiet. Als "proserbisch" diskriminiert, ist sie zahlreichen Anschläge ausgesetzt, zugleich muss sie sich gegen Vereinnahmungen von mazedonischer Seite wehren. Ausserhalb ihrer Enklave geniessen die Gorani keine Bewegungsfreiheit, vor allem auch aufgrund der Sprache.

Die **albanische Minderheit** im serbisch kontrollierten Nordteil ist der gleichen Situation ausgesetzt, wie die übrigen ethnischen Minderheiten in Kosova. Jede politische Spannung, jedes Attentat gegen Angehörige der serbischen Minderheit im Süden führt zu Attentaten gegen diese Minderheit im Norden (und umgekehrt). Die Gruppe lebt bewacht von KFOR und UN-Polizei und hat ausserhalb ihrer kleinen Siedlungen keine Bewegungsfreiheit.

Der Situation entsprechend desolat sind derzeit die **Rückkehrperspektiven** für die ethnischen Minderheiten: Die internationale Gemeinschaft konzentriert sich darauf, die weitere Abwanderung dieser Gruppen zu stoppen und die verbliebenen Minderheiten vor Ort zu behalten. Die MitarbeiterInnen von UNHCR, OSCE und UN-Verwaltung sind sich mit den kontaktierten VertreterInnen der ethnischen Gemeinschaften einig, dass in dieser Situation jede forcierte Rückkehr von Angehörigen der ethnischen Minderheiten aus dem Ausland nicht zu verantworten wäre. Die Sicherheit der RückkehrerInnen wäre nicht gewährleistet, zudem würde der Druck auf die Angehörigen der ethnischen Minderheiten vor Ort steigen.

Abgelehnt wird auch eine Rückführung der Roma aus Kosova nach Serbien; nebst der humanitären Situation, würde dies zu einer nachhaltigen Verunmöglichung einer definitiven Rückkehr in die Heimat beitragen. Schliesslich übernimmt die UNMIK auch keine abgewiesenen Asyl Suchenden aus Südserbien, da sich ihr Zuständigkeitsbereich nur auf BürgerInnen mit letztem Wohnsitz in Kosova erstreckt.

## Annex 1: Uebersicht Besuche/Treffen

*(Der SFH liegen alle Namen der Kontaktpersonen liegen der SFH vor.  
Sie werden hier aus Sicherheitsgründen nicht publiziert):*

1. Roma, Ashkali, Aegypter - Besuche folgender Siedlungen und Gespräche mit deren BewohnerInnen:

- Ashkali-Quartier in Vushtri
- Ashkali-Roma-Camp in Plementina (Prishtina)
- Ashkali-Aegypter-Siedlung in Giakova
- Roma Camp in Zitkovac - Zvecan Municipality (Nord-Mitrovica)
- Roma-Darf Cesmin-Lug, Nord-Mitrovica

Gespräche mit folgenden VertreterInnen der Roma, bzw. Ashkali Gemeinschaften:

- In Peja (Ashkali)/ Prizren, Vertreter der Roma-Gemeinschaft/ Vertreterin der Frauen-Roma-Union (Centari Romane Gjuvlengo - CRGJ) / Aegyptisch-albanische Vereinigung Giakova / Ashkali-Gemeinde Vushtrri

2. Bosnjakische Gemeinschaft (Muslim Slaws/Gorani) -Besuch folgender Siedlungen:

- Nordmitrovica (gemischt albanisch / bosnjakisch)
- Zupa-Tal (Südkosova, Gemeinde Prizren)
- Stadt Prizren
- Peja/Vitromirica

Gespräche mit folgenden VertreterInnen:

- SDA, Peja und Vitromirica / BSDAK (bosnjakische SDA Kosova) Prizren/ Betreuerin Roma Camps, Nordmitrovica

3. serbische Volksgruppe

Besuche folgender Siedlungen/Enklaven:

- Kosovo Polje
- Klosterschule Prizren/ Mushnikovo Zupa-Tal/Gespräch mit Vertreter der serbischen Gemeinschaft

4. Internationale Organisationen:

- UNHCR- Headquarter-Prishtina, Protection/ UNHCR-Fieldoffices in Prizren, Peja, Mitrovica
- OSCE - Headquarter-Prishtina, Human Rights Department/ OSCE-Fieldoffice in Peja
- UNMIK: Human Rights and Community Affairs/ Social Welfare Department

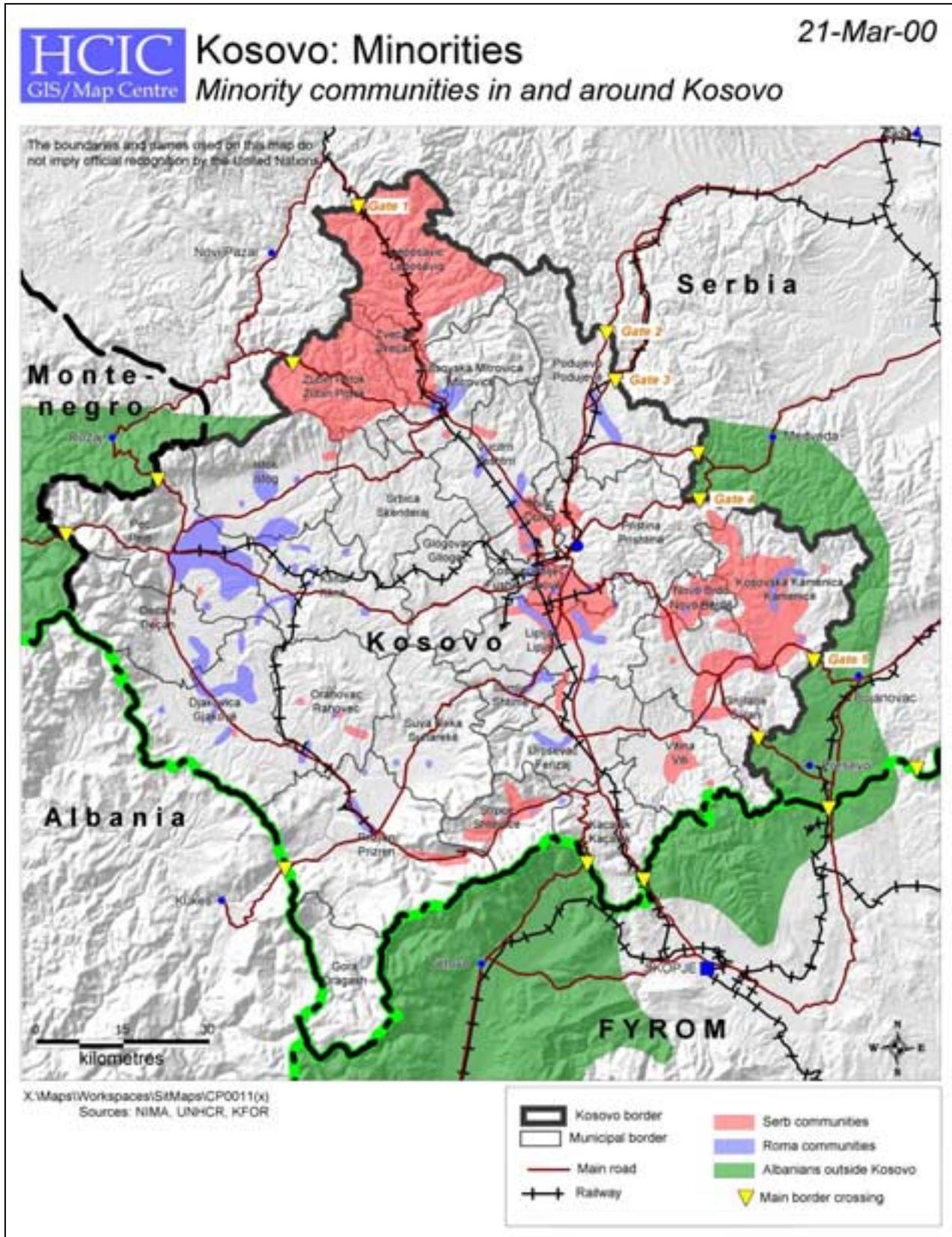
## Annex 2: Gemeinden / Municipalities





SFH OSAR

### Annex 3: Minderheiten



## Annex 4: "Südserbien: Pufferzone"



## **Annex 5: Roma in Serbien**

### **Das Leben an den Grenzen der Gesellschaft**

Bericht des AIM (Alternatives Informationsnetzwerk) Belgrad, 29. Februar 2001

Zwei Jahre sind vergangen, seitdem Skinheads Romanis auf den Belgrader Strassen jagten" und einen Romani Jungen zu Tode prügeln. In diesen Tagen wird Belgrad wieder mit einem rassistischen Hass gegen Romani Mitbürger konfrontiert. Diesmal werden aber auch Juden in die Liste mit aufgenommen. Graffiti mit faschistischen Symbolen und beleidigenden Sprüchen sind auf den Wänden des Rex aufgetaucht, eines populären kulturellen Treffpunkts junger Menschen in Belgrad, wo seit einem Monat eine multimediale Ausstellung unter dem Patronat von Radio B92 stattfindet. Öffentliche Verurteilungen und Entschuldigungen folgten, darunter eine vom Präsident Kostunica. Doch der bittere Nachgeschmack des faschistischen Ausbruchs bleibt haften.

Der Vorfall ereignete sich just zu jenem Zeitpunkt, da ein neues Bundesgesetz vor der Vernehmlassung steht, mit dem die Rechte nationaler Minoritäten und ethnischer Gemeinschaften, mit eingeschlossen der Fall Romani", geregelt werden sollen.

Von den etwa dreissig ethnischen Gruppen und Gemeinden sowie 38 bestehenden Konfessionen Jugoslawiens befinden sich die Roma in der weitaus schwierigsten Lage. Im Zusammenstoss mit der harten Realität wurde das romantische Image der Roma, wie er in klassischen Filmen wie "Die Aufleser der Federn" und "Roma fliegen in den Himmel" zu sehen ist, in Stücke gerissen. In Wirklichkeit führen diese Menschen ein erbärmliches Leben am Rande der Gesellschaft und sind kaum in der Lage, den aussichtslosen Kampf gegen Armut und Entbehrung zu gewinnen. Unvollständigen Berichten zu Folge leben etwa 450 Tausend Romani in Jugoslawien. Vertreter der Romani NGOs behaupten, dass es sogar an die 800 Tausend sind. Präzise Zahlen werden nach der bevorstehenden Volkszählung im April verfügbar sein.

Roma stellen den jüngsten teil der serbischen Bevölkerung dar - 62 Prozent, d.h. mehr als die Hälfte, sind unter 25 Jahre alt und nur 4,1 Prozent sind älter als 60. Fachleute erklären diese Altersstruktur mit einer hohen Geburten- und Todesrate sowie einer niedrigen Lebenserwartung. Gemäss einiger Statistiken liegt die durchschnittliche Lebenserwartung eines Roma etwa 10 Prozent unter der der anderen Bürger Serbien und Jugoslawiens.

Dragoljub Atanackovic, der Präsident der Roma Kongresspartei behauptet, dass 90 Prozent der Roma unter äusserst unhygienischen Verhältnissen lebt und dass es allein in Belgrad 60 Enklaven mit über 90 Tausend Roma gibt, die unter erbärmlichsten Verhältnissen lebt. "Die soziale Stellung der Roma ist ausserordentlich schwierig. Nur drei Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung haben eine Beschäftigung, nur 31 Prozent haben eine Primarschulbildung, der Rest ist teilweise oder ganz analphabetisch. Wir haben keine einzige Zeitung in unserer Muttersprache bzw. ein Radio- oder ein Fernsehprogramm, das von der Regierung finanziert wird. Um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, ist unser sozialer und juristischer Status schrecklich, denn die Verfassung definiert die Roma als eine ethnische Gruppe, nicht als eine nationale Minderheit... Es ist traurig, dass in diesem 21. Jahrhundert, während einige Fünfjährige mit ihren Computern spielen, fünfzehnjährige Jugendliche noch nicht einmal ihren Namen schreiben können. Was können sie sich denn anderes erhoffen, als Sammler von alten Zeitungen, Altmetall oder Strassenkehrer zu werden?"



Nach Meinung von Dr. Aleksandra Mitrovic, Professorin an der Belgrader Fakultät für Geisteswissenschaften, befinden sich die Roma tatsächlich in einem Teufelskreis der Armut: "Sie sind arm, weil sie arbeitslos sind, arbeitslos, weil sie ungebildet sind und ungebildet, weil sie arm sind. Dieser Teufelskreis verursacht eine Armut, die sich von Generation zu Generation vererbt. Der einzige Ausweg liegt in der Bildung; das ist ein Kunststück, das sich nur mit einer Unterstützung seitens der Regierung realisieren lässt."

Statistisch ist die Arbeitslosigkeit unter den Roma viermal so hoch wie unter der nationalen Mehrheit. Das negative Verhältnis hat sich während den letzten zehn Jahren verdoppelt. Jeder fünfte Roma im arbeitsfähigen Alter ist ein Analphabet und jeder Dritte besitzt nur eine Primarschulbildung. Ein Fünftel aller Roma Familien haben überhaupt kein Einkommen, während die Mehrheit gerade noch durch sporadische Tätigkeiten auf dem Schwarzen Markt überlebt, zu dem der Verkauf von geschmuggelten Zigaretten und ähnlicher Schmuggelwaren gehört, oder mit dem Sammeln gebrauchter Produkte.

Die Zahl der analphabetischen Roma ist das beste Beispiel für die Auswirkung der gegen sie gerichtete Diskriminierung. Fast 80 Prozent entbehren einer vollständigen Primarschulbildung, nur 9 Prozent haben eine abgeschlossene Sekundarschulbildung und nur 0,2 Prozent besitzen ein Hochschuldiplom. Ein einziger Roma hat promoviert. Kein Einziger hat je ein Meisterdiplom erlangt, was die Tatsache unterstreicht, dass im Vergleich zu allen anderen ethnischen Gruppen die Roma das am wenigsten gebildete Teil der Bevölkerung darstellt.

Diskriminierende Praktiken finden auch im Beschäftigungssektor statt. Im allgemeinen sind Roma arbeitslos; wenn sie Arbeit finden, dann erhalten sie die am schlechtesten bezahlten Stellen und die unwürdigsten Beschäftigungen. Im allgemeinen stellen sie die Mehrheit der Strassenkehrer und Totengräber in den Städten des Landes.

Der schädlichste Aspekt der umfassenden Diskriminierung der Roma ist fraglos jener der Ausbildung. Gemäss den Feststellungen des Helsinki Komitees für Menschenrechte besuchen nur sieben Prozent der Roma Kinder eine Vorschuleinrichtung; vor ihrem Eintritt in die Elementarschule sprechen bis zu 37 Prozent kein Serbokroatisch, und 46 Prozent besitzen nur Teilkenntnisse dieser Landessprache, bevor sie mit der Grundschule anfangen. Das Komitee ist der Meinung, dass dies der Grund dafür sei, dass trotz einer normalen geistigen Fähigkeit Roma Kinder bei den Eignungstests für die Einschulung versagen und in die Klassen für unfähige und geistig behinderte Kinder überwiesen werden.

Jene, die in die Schule gehen, erleben Demütigungen diversester Art durch Lehrer und Mitschüler. Kürzlich haben unsere Zeitungen über die Existenz von "Schulbänke nur für Roma" und "Trinkwasserbrunnen für Roma" an verschiedenen Schulen berichtet. Forscher glauben, dass dieses Benehmen zur Isolierung der Roma Kinder beiträgt und die hohe Zahl vorzeitiger Schulaustritte erklärt.

In Sabac, wo die Roma fast schon zu einer Institution geworden sind, weil sie seit Jahrhunderten in dieser Stadt leben und wo es einige von ihnen zu Wohlstand und zu Kulturträger der Region gebracht haben, hat ein lokaler Vorsitzender der Radikalen Partei im vergangenen Sommer ein Eintrittsverbot gegen die Roma im lokalen öffentlichen Schwimmbad verhängt.

Unsere Gesprächspartnerin, Professorin Mitrovic, hat die Warnung ausgesprochen, dass ein Festhalten an dieser Sachlage weitere Generationen von neuen Analphabeten hervorbringen wird, weitere sozial Behinderte, unfähig, sich in die gegenwärtigen Trends der modernen

Gesellschaft zu integrieren: "Die kürzlich entstandenen demokratischen Veränderungen müssen auch eine Besserung der sozialen Stellung der Roma bewirken. Eine der Möglichkeiten, die sich dazu bieten, ist die Anerkennung der Roma als eine nationale Minderheit. Nachdem sie die Mehrzahl der entsprechenden Bestimmungen erfüllen, sollten sie diesen Status erhalten." In den letzten Jahren nimmt das Gefühl unter den Roma zu, dass die Zubilligung dieser Rechte ihre juristische und Soziale Lage verbessern würde. Der Vorschlag, dass die Roma als nationale Minderheit anerkannt werden, ist daher in den Entwurf des Gesetzes über die Minderheiten integriert worden, zusammen mit der Bitte um die Anwendung des Prinzips des "positivem Handelns."

Das Leben in unhygienischen Siedlungen, den sogenannten "Romani mahalas", die Entbehrung und der Mangel an Bildung haben zu einer fast totalen sozialen Isolierung dieser Menschen geführt. Man hat sie nicht nur ihrem Schicksal überlassen, sondern darüber hinaus in der Bevölkerung die These lanciert - die aus bestimmten rechts gerichteten Kreisen stammt - dass die Roma wegen ihrer Zahl "zu einem weiteren Problem für uns würden", wenn ihnen die Bildung gewährt würde. Soziologen widersprechen dieser Einstellung mit aller Entschiedenheit und appellieren an die Öffentlichkeit, auf diese Provokation nicht zu reagieren. Sie unterstreichen die Notwendigkeit, dass den Roma auf ihrem Weg zu einem "Erwachen" geholfen wird. Dieses "Erwachen" wird grösstenteils davon abhängen, ob die Regierung gewillt ist, den gegenwärtigen Stillstand aufzugeben damit den Roma ermöglicht wird, sich in eine künftige zivile Gesellschaft zu integrieren.

OLGA NIKOLIC (AIM)  
(Übersetzung: Michel Mortier)



## Annex 6: Wahlergebnisse